Erläuterungen zu Benzingers Lichtbildern für Unterricht und Vortrag

Deutsche Geschichte
1918–1933

III. Abteilung

Blutende Grenzen - Ruhrkampf - Separatismus - Inflation, wirtschaftliche Not und Folgen

Ausgewählt und erläutert von
Studiendirektor Heinz Schiefer

Stuttgart 1937
Lichtbilderverlag Benzinger

[redacted]

Vorbemerkung

Die Lichtbildersammlung „Deutsche Geschichte 1918—1933“, deren III. Abteilung die vorliegende Bildreihe „Blutende Grenzen — Ruhrkampf — Separatismus — Inflation, wirtschaftliche Not und Folgen“ ist, soll dem Lehrer und Vortragenden in der Schule und bei der Schulung in Wort und Bild den Stoff darbieten, den er braucht, um ohne eigene zeitraubende Quellenstudien die geschichtlichen Ereignisse richtig und fruchtbringend schildern zu können.

Dieser Zweck und die Bedeutsamkeit des Stoffgebietes verboten es, für die Gestaltung der Erläuterungen die kurze Form des landesüblichen Lichtbildvortrages zu wählen. Es ging nicht an, den Stoff zu sehr zusammenzuziehen und Einzelheiten zu stark zu unterdrücken. Unsere Bildreihe will eine abgerundete Darstellung des Ganges der geschichtlichen Ereignisse geben. Es durften deshalb auch Zeitabschnitte oder Ereignisse, für die nur ein dürftiges Bildermaterial zur Verfügung stand, nicht hintangestellt werden hinter solchen, die durch viele und gute Bilder belegt werden können. Andererseits sollte die Darstellung auch bei allzu beschränkter Zeit ohne Schwierigkeiten benützt werden können.

Im vorliegenden Texte wurde diese Aufgabe in der Weise gelöst, daß solche Textabschnitte, die nötigenfalls weggelassen werden können, durch engen Druck gekennzeichnet sind. Damit sollen aber keineswegs diese Teile der Erläuterungen als weniger wichtig bezeichnet werden. Es wird immer Aufgabe des Redners bzw. Lehrers bleiben, nach eigenem Ermessen das zu wählen, was der jeweils vorliegenden Aufgabe entspricht.

Wo der Stoff auf drei Unterrichtsstunden oder Schulungsabende verteilt werden soll, wird vorgeschlagen, folgende Teilung vorzunehmen:

Erster Teil:	Bild 1—28.
Zweiter Teil:	Bild 29—50.
Dritter Teil:	Bild 50a—72.

[redacted]

III/1. Der Kampf gegen den Bolschewismus: Karte zu den Kämpfen im Baltikum.

Beim Zusammenbruch im November 1918 hielt Deutschland im Osten Europas noch weite Strecken Landes besetzt. Das Baltenland samt Finnland und der Ukraine bis zum Kaukasus waren durch deutsche Truppen vor den Bolschewisten geschützt und für Deutschland als Überschußgebiete an Getreide zur Fortführung des Krieges gesichert worden. Polen, Litauen, Lettland, Estland und Finnland verdanken den deutschen Siegen ihre Selbständigkeit.

Nach dem Waffenstillstandsvertrag vom 11. November 1919 sollten die deutschen Truppen erst an einem später durch die Alliierten festzusetzenden Termin diese Gebiete räumen, also bis auf weiteres Europa auch fernerhin gegen den Bolschewismus schützen. Als die deutsche Front sich jedoch mit dem Beginn der deutschen Revolution weithin von selbst auflöste, stießen die Bolschewisten von Petersburg aus vor und drängten die noch verbliebenen dünnen deutschen Linien im Februar 1919 bis nach Libau zurück. Damit stand das Ziel Räte-Rußlands, in die inneren Verhältnisse Deutschlands auch von außen her einzugreifen und so die bolschewistische Weltrevolution zum Siege zu führen, vor seiner Verwirklichung. Erst im März 1919, als in Deutschland die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte eingeschränkt war, konnten Anwerbungen für das Baltenland öffentlich stattfinden.

Auf alle Fälle sollte Kurland, in dem man damals ebenfalls mit etwa 60 v. H. bolschewistischen Elementen rechnete, gehalten werden. Aus Freiwilligen der ehemaligen 8. deutschen Armee entstand die „Eiserne Brigade“, die von dem eisernen Major Bischoff geführt wurde. Die Deutschbalten, deren Vorfahren 700 Jahre früher ins Land gekommen waren, bildeten zusammen mit lettischen Truppen die „Baltische Landeswehr“ unter Major Fletscher. Und auch die ersten Teile der „Garde-Reserve-Division“ unter ihren alten Offizieren und Unteroffizieren und ganze Offiziers-Kompanien tauchten bereits Ende Februar auf. General von der Goltz, der erst Finnland befreit hatte, und der angesichts der üblen allgemeinen Zustände in Zivil in einer Ecke eines Abteils 3. Klasse nach Libau gekommen war, übernahm die Führung. Anfang März 1919 brachen diese Truppen mit den besten alten Soldaten des Weltkriegs auf der Linie Windau—Guldingen—Telsze in breiter Front vor.

In selbständigem Ansturm versuchte die baltische Landeswehr am 17. März ihre nach Mitau verschleppten Angehörigen zu befreien, aber die Bolschewisten fanden vorher Zeit, sie abzuschlachten oder sie auf dem Weg nach Riga in unmenschlicher Weise weiterzutreiben. Unter blutigen Kämpfen und schwierigen Nachschubverhältnissen wurde schließlich die Linie vom Ende 1915: Schlock—Mitau—Bauske wieder erreicht. Vor den deutschen Linien, nur durch die Tyrul-Sümpfe getrennt, lag Riga, die Stadt alten deutschen Bürgerfleißes, in der die deutschen Balten unter der Knute von Rotmord jetzt alle Gefängnisse füllten. Bei Bauske kämpfte u. a. die Abteilung des Grafen York, des würdigen Trägers eines großen Namens, und das Freikorps des Hauptmanns v. Brandis, des Eroberers von Douaumont.

III/2. Der Kampf gegen den Bolschewismus: Das Blutbad in Wesenberg.

Auf ihrem Vordringen gegen die deutsche Grenze um die Wende 1918/19 und erneut bei ihrer Flucht vor den deutschen Freiwilligen hat asiatische Barbarei und lettischer Pöbel übel unter den Baltendeutschen gehaust. Furchtbar ließen diese Horden ihren Blutrausch an den wehrlosen Gefangenen aus. Wer nicht erschlagen war, wurde verhaftet, verschleppt, als Geisel gefangen gehalten und unmenschlich gequält, bis ein furchtbares Schicksal die Erlösung brachte. Selbst die Erbgrüfte der alten baltischen Adelsgeschlechter wurden aufgerissen und geschändet. Wohin man kam, hatte Untermenschentum furchtbar gewütet. Aus Wesenberg wird uns das vorliegende Bild überliefert. Der Fluchtweg der Bolschewisten war gekennzeichnet durch Berge von verstümmelten unschuldigen Opfern, von Frauen, Greisen und Kindern.

III/3. Die deutschen Freikorps: Major Fletscher, Baron Manteuffel und andere Führer vor dem Angriff auf Riga.

Ehe Riga nicht genommen war, konnte von einer Rettung des Deutschtums in den baltischen Ländern nicht die Rede sein. Der Angriff wurde von russischer Seite am 22. Mai 1919 am südlichen Flügel bei Bauske eröffnet, wo die Garde fehlte, da sie nach Posen abberufen worden war. In übermenschlich zähem Widerstand haben die schwachen Flankenstellungen des Grafen York und v. Brandis den an Zahl ungeheuer überlegenen Angriff der Feinde abgewehrt.

Am selben Tage arbeitete sich das baltische Freikorps durch das Unterholz gegen Riga vor. Auf unserem Bilde sehen wir Major Fletscher, Baron v. Manteuffel und andere Führer bei der Beratung vor dem Angriff auf Riga. Nachdem die Rigaer Vorstadt links der Düna genommen war, fuhr Leutnant Schlageter in vollem Galopp seine Batterie mitten auf die große Dünabrücke und feuerte auf den Feind jenseits der Brücke in direktem Schuß. Der Sturmtrupp des baltischen Barons Manteuffel mit den ausgesuchten Frontkämpfern des Freikorps Medem warfen sich auch hier als erste auf den Feind, um zum Staatsgefängnis durchzustoßen. Alles wurde überrannt, im Nahkampf der letzte Widerstand gebrochen und die Gefangenen befreit. In atemlosem Tempo wurde die Stadt gesäubert. Aber im letzten Häuserkampf, in dem Augenblicke, als er sein Baltenland befreit hatte, setzte eine bolschewistische Kugel dem Leben Hans v. Manteuffels ein Ziel.

III/4. Der Betrug an den Befreiern: Schlageters Ausweis über sein Anrecht auf Siedlungsland.

Von Anfang an war der Feldzug im Baltikum unter der Devise „Kampf um Siedlung" gestanden. Die von ihrem Besitz vertriebenen baltischen Barone gaben von Anfang an ein Drittel ihres Besitzes kostenlos für die Ansiedlung frei. Und die lettische Regierung versprach schon im Dezember 1918 allen die lettische Staatsangehörigkeit, die mindestens vier Wochen gegen den Bolschewismus kämpften. Außerdem versprach sie zinslose Darlehen für die Anfangszeit der neuen Siedler. Zehntausende deutscher Soldaten sahen sich bereits als freie Bauern auf ihren rund achtzig Morgen großen Höfen sitzen, kampfbereite Kolonisatoren, die zugleich eine Deutschritter-Aufgabe zum Schutz Europas vor dem menschheitsfeindlichen Bolschewismus auf sich zu nehmen bereit waren.

Aber so hatten es die Alliierten nicht gemeint. Sie wollten zwar, daß die Deutschen den blutigen Kampf gegen den Bolschewismus auch für sie führten, und ordneten wieder Ende Mai 1919 an, die deutschen Truppen seien einstweilen in den baltischen Provinzen zu belassen. Sie wollten aber keineswegs, daß Deutschland östlich seiner Landesgrenzen wieder erstehe. England zeigte auch hier sein doppeltes Gesicht.

So trieb England mit Ullmanis, dem Präsidenten Lettlands, der sich in Libau hinter dem deutschen Schutz verkroch, ein ränkevolles Spiel gegen Balten und Deutsche. Schon während der Kämpfe um Riga hatten ihre im Meerbusen liegenden Schiffe nicht einen Schuß auf die Bolschewisten abgegeben. Sie feierten zwar mit den deutschbaltischen Truppen den Sieg, aber als keine Gefahr mehr da war, verhandelten sie insgeheim mit den Sowjets in Moskau. Als diese die Randstaaten anzuerkennen versprachen, nahm England sogar die Beziehungen zu Rußland wieder auf.

Am 18. Juni trat der Verrat an den Tag. Die Versailler Konferenz forderte die Abberufung der deutschen Truppen aus dem Baltikum. Diese verlangten aber die Erfüllung der ihnen gemachten Versprechen. Hinterhältig aber verwiesen jetzt die Engländer auf den Versailler Vertrag, der alle anderen Verträge hinfällig mache. Und auch Ullmanis zog nun das den Freikorps gegebene Siedlungsversprechen zurück. Schlageters Ausweis über sein Anrecht auf Siedlungsland liegt uns vor. Er lautet: (s. Bild). Auch die den Balten versprochene kulturelle Autonomie wurde für nichtig erklärt. Die Deutschen hatten wie der Mohr ihre Schuldigkeit getan und konnten gehen.

Auf den Befehl der Entente folgte die Abberufung des Generals von der Goltz im Oktober 1919. Bei erneuten schweren, aber siegreichen Kämpfen der Baltikumer schossen die Engländer aus schweren Schiffskanonen auf die seit 21. September unter dem russischen Fürsten Awaloff mit den 45 000 Deutschen vereinigten weißrussischen Truppen bei Dünamünde. General von der Goltz faßte sein Urteil in die Worte: „Die siegreiche Entente fürchtete das geschlagene Deutschland noch mehr als die asiatische Gefahr. — Es ist schwer, ruhig Blut zu behalten, wenn man beschreiben will, mit welch teuflischer Gemeinheit das insulare Verbrechervolk dabei verfahren ist. — England erreichte, was es wollte, das Untergehen seines Verbündeten im Weltkrieg und Nebenbuhlers vor dem Weltkrieg im bolschewistischen Chaos und das Öffnen der Grenzen seines noch mehr gefürchteten Feindes Deutschland für eben diesen Bolschewismus."

Von allen Seiten verraten und um das ihnen gegebene Versprechen betrogen, ohne jeden Nachschub an Sanitätsmaterial, Munition und Ersatztruppen, den ihre eigene Regierung sperrte, kamen die letzten dieser Helden unter verlustreichen Rückzugsgefechten zum Teil gegen englische Truppen in einer kaum für den Sommer genügenden Ausrüstung bei 30 Grad Kälte nach Ostpreußen zurück. Wäre das Freikorps Roßbach, dem der Eisenbahntransport durch die deutsche Regierung selbst versagt worden war, nicht in vierzehntägigem Gewaltmarsch und gelegentlicher Fahrt 500 Kilometer weit hergeeilt, so wären auch die letzten Zehntausend dem Untergang nicht entgangen.

Zum Empfang in Memel hatte die verbrecherische deutsche Regierung von damals eine Entente-Kommission eingeladen, deren Forderung auf sofortige Ablieferung der Waffen und Fahnen und Abtransport der Truppen auf einem englischen Kriegsschiff mit unbekanntem Ziel lautete. Die Truppe gab jedoch die einzig mögliche Antwort: „Unerfüllbar, weil mit der deutschen Waffenehre nicht zu vereinigen."

Diese ewig getreuen, und von der Heimat geächteten letzten Fronttruppen des Weltkriegs haben Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet und damit eine weltgeschichtliche Tat vollbracht. Hätte Deutschland damals mit den weißrussischen Armeen unter Judenitsch, Denikin und Koltschak den Bolschewismus vollends erledigt und zugleich

weite Wirtschaftsgebiete erschlossen und am kommenden bürgerlichen Rußland einen neuen Freund gefunden, dann wäre Deutschland auch aus den Erpresserhänden der Entente weithin befreit gewesen. Ein Bruchteil des Geistes, der die Baltikumer beseelte, hätte — nach einem Wort des Kapitäns Siewert, der die „Deutsche Legion" befehligte und seine Treue ebenfalls mit dem Tode bezahlte — genügt, um auch aus Deutschland wieder einen Staat zu machen. Das Deutschtum im Baltenland aber war so ebenfalls zum Sterben verurteilt. Es ging an Zahl auf ein Drittel und weniger zurück. Sein Besitz wurde entschädigungslos enteignet, allein in Lettland ein Gebiet von der Größe Belgiens.

III/5. Das Memelland: Das Memelland und seine Bevölkerung.

In dem Bestreben, an allen Grenzen Deutschlands Wunden zu schlagen, die nie heilen sollten, und um ewige Feindschaft zwischen dem Deutschen Reich und seinen Nachbarländern zu schaffen, wurde in Versailles auch das Memelland von Deutschland losgerissen (s. Karte). Es ist ein Gebiet von 2650 Quadratkilometern mit 140 000 Einwohnern. Da unsere Feinde nicht wußten, wem sie es geben wollten, wurde es als Freistaat unter den Völkerbund gestellt.

Zu keiner Zeit hatte dieses Gebiet jemals zu Polen oder Litauen gehört. Als im 13. Jahrhundert der deutsche Ritterorden das gesamte Baltenland und so auch das Land an der Memel der Kultur zu erschließen begann, lebten in den dichten Wäldern des Memellandes nur wenig Bewohner, die zum preußischen Volksstamm gehörten. Die nordöstliche Grenze des Memellandes aber wurde schon im Jahre 1422, als das litauisch-polnische Reich den deutschen Orden geschlagen hatte, so festgelegt, wie sie bis zum Versailler Diktat bestand. Erst seit jener Zeit wurden verfolgte litauische Ansiedler als Gäste in das deutsche Land aufgenommen, die bald zu den besten Deutschen wurden. Jenseits der Grenze wohnte das später im russischen Reich aufgegangene litauische Volk, an Wesen und Kultur so verschieden, daß auch der ursprünglich litauische Teil der Bevölkerung des Memellandes nichts mit ihnen gemein haben wollte.

Im März 1918 hatte der Staatspräsident des neu erstandenen litauischen Staates dem deutschen Kaiser „seinen tiefempfundenen und unauslöschlichen Dank dafür ausgesprochen, daß das große mächtige Deutsche Reich dem durch Jahrhunderte so schwer leidenden litauischen Volk Freiheit gegeben und seine Unabhängigkeit als erste Macht anerkannt hat." Als aber Deutschland durch Hunger und innere Not zermürbt war, kehrte sich auch Litauen gegen seinen Wohltäter und log gar dem Präsidenten Wilson vor, das Memelland sei zu 90 v. H. litauisch. Man begründete dies damit, „weil man sich Deutschlands Schicksal zunutze machen müsse".

Als der deutsche Reichskommissar den einmarschierenden Franzosen im Sommer 1920 das Memelland übergab, stellte dieser in einer Ansprache fest, „daß die Verwaltung des Gebiets vollständig autonom werde". Dies entsprach einer Forderung, die die Memelländer erhoben hatten, seitdem ihre Trennung von Deutschland verfügt worden war. Bei einer Elternbefragung unter französischer Besatzungsherrschaft im März 1921 waren nur 2 v. H. der Bevölkerung für litauischen Schreib- und Leseunterricht. Als Litauen die Angliederung des Memellandes forderte, bekannten sich in einer Unterschriftensammlung von 56 000 Stimmberechtigten 54 000 gegen die Angliederung.

Drei Jahre nach der französischen Besetzung des Landes, — in derselben Nacht, in der die Franzosen ins Ruhrgebiet einfielen —, brachen auch großlitauische bewaffnete Banden, — in Wirklichkeit waren es verkleidete litauische Soldaten und Offiziere — ins Memelland ein. Die tapferen Franzosen aber hißten die weißen Fahnen und überließen das Land der litauischen Gewalt-

herrschaft. Der französische Oberkommissar protestierte zwar in einem Anschlag an die Bewohner des Memelgebiets „gegen den blutigen Handstreich" und erklärte, „daß die alliierten Mächte auch weiter beabsichtigen, ihre Autorität über das Gebiet auszuüben". Aber schon am 16. Februar 1923 erhielt Litauen die Sanktionierung seiner Gewaltpolitik, in dem ihm die Souveränität über das Memelgebiet übertragen wurde.

Im Memelabkommen vom 8. Mai 1924 wurde zwar dem Memelland unter der Garantie Englands, Frankreichs, Italiens und Japans volle Selbstverwaltung zugestanden, das Recht des Landes aber fortwährend von Litauen mit Füßen getreten und das Land ausgepreßt. Trotzdem standen die memelländischen Deutschen tapfer zu ihrem Recht. 1925 wurden 27 Deutsche neben 2 Litauern in den Landtag gewählt. Trotz Bedrückungen, Entrechtungen, Beamtenentlassungen, Ausweisungen, Verhaftungen und Masseneinbürgerung von Großlitauern ist aber das Ergebnis 1930 immer noch ähnlich (s. Bild) und 1935 wiederum dasselbe. Das heißt, das Memelland ist deutsch und will zu Deutschland zurück. Seine Leiden aber gingen weiter. Verantwortlich aber dafür sind die, die diesen Zustand schufen.

III/6. Bedrückung der Deutschen: Karte des Korridors.

Eines der furchtbarsten Kapitel November-Deutschlands ist der Raub im deutschen Osten.

In der Absicht, Deutschland von Rußland durch eine Reihe von Zwischenstaaten zu trennen, hatten die Mittelmächte schon im November 1916 selbst einen polnischen Staat auf ehemals russischem Gebiet gegründet. Statt dafür dankbar zu sein und sich an seinen Wohltäter Deutschland anzulehnen, begann jedoch sofort eine leidenschaftliche Propaganda für ein großpolnisches Reich. Polnische Abgesandte gingen nach Paris, London und Neuyork, um unter falschen Darstellungen für ihre Sache Stimmung zu machen. So entstand der 13. der 14 Punkte Wilsons, wonach ein unabhängiger polnischer Staat geschaffen werden sollte unter Einschluß aller „von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete" und Zusicherung eines freien Zugangs zum Meer. Wie Wilson diesen Punkt verstanden wissen wollte, zeigte sich in der an den polnischen Abgesandten Dmowski im August 1918 gerichteten Frage: „Genügt Ihnen denn nicht die Internationalisierung der Weichsel und die Schaffung eines Freihafens in Danzig?" Und noch zu Beginn der Versailler Konferenz sollte nur diese Forderung verwirklicht, also kein deutsches Gebiet abgetreten werden. Wilson hätte hinzufügen können, daß mit demselben Recht, oder vielmehr Unrecht, die Schweiz einen Korridor durch Frankreich, Österreich durch Norditalien, und Ungarn durch Jugoslawien verlangen könnte.

Während die deutsche November-Regierung nichts tat, um den deutschen Osten zu retten, versuchte Polen, so bald als möglich vollendete Tatsachen zu schaffen. Obwohl unter Mithilfe der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte die Macht in der Stadt Posen immer mehr an die Polen überging, das deutsche Bürgertum vergewaltigt wurde und überall polnische Flaggen wehten, sprachen sich der pazifistische Staatssekretär H. v. Gerlach und die Juden Hirsch und Ernst, die damals preußische Minister waren, gegen Schutzmaßnahmen aus.

Ja, als die vom Felde zurückkehrenden Garnisontruppen noch einmal die Macht an sich rissen, kam der jüdische Ministerpräsident Hirsch selbst nach Posen und ordnete den sofortigen Abtransport der tapferen Regimenter an. Ebenso wurde von den Novemberlingen der deutsche Grenzschutz aufgelöst. Nachdem das deutsche Bürgertum im Posener Land endgültig erkannt hatte, daß die eigene Regierung sie verriet, schloß es sich zum Selbstschutz zusammen. Aber als dieser mit Freiwilligen des Frontsoldatentums Mitte

Februar nach wechselnden Kämpfen dem polnischen Vormarsch, der immer tiefer in deutsches Land eindrang, erfolgreich entgegenzutreten begannen, diktierten die Alliierten die Einstellung jeder Offensive von deutscher Seite. Die blutigen Überfälle von polnischer Seite aber nahmen kein Ende.

Und der „polnische Nationalrat" in Paris ließ nicht locker. Er legte Wilson (am 8. Okt.) und dem Rat (Ende Januar) und der Friedenskonferenz (25. Februar) eine Denkschrift mit faustdicken Lügen und größenwahnsinnigen Behauptungen vor, die durch eigens dazu hergestellte, falsche Karten und Statistiken illustriert wurden. Die vier preußischen Provinzen Schlesien, Posen, Westpreußen und Ostpreußen wurden darin rundweg als polnisch bezeichnet.

Entscheidend wurde schließlich eine Dreier-Kommission der Friedenskonferenz unter dem französischen General Le Rond. Nach einer Besichtigung des deutschen Ostens legte diese ein völlig von französisch-polnischen Interessen diktiertes Gutachten vor, nach dem außer den später von Deutschland abgetrennten Gebieten auch noch Schneidemühl, Danzig, Westpreußen und Oberschlesien an Polen kommen sollte. Ostpreußen sollte vollkommen entmilitarisiert werden und zum Teil sollten noch Abstimmungen stattfinden.

Wilson selbst hatte keine Vorstellung von den wirklichen Verhältnissen und konnte, wie er sich ausdrückte, „nur sagen, was ihm seine Ratgeber mitgeteilt hatten". Die Einwendungen von Lloyd George, der fürchtete, Deutschland würde unter keinen Umständen solche Bedingungen annehmen, und eine solche „Germania Irredenta" werde „der Sitz des nächsten Krieges" sein, konnten nur wenig Änderungen erreichen. Und selbst eine polnische Gruppe von Wissenschaftlern unter Zalewski, der auch Pilsudski nahestand und die kein deutsches Land annektieren wollte, konnte sich in Versailles nicht durchsetzen.

Frankreich wünschte ein Polen „groß und stark, sehr stark", wie sich der französische Kriegsminister Pichon ausdrückte. Und Wilson stellte sich schließlich auf den Standpunkt: „Wenn wir es mit den Deutschen zu tun haben, bin ich gegen sie und für Polen." Erst später, im Jahr 1924, kurz vor seinem Tode, gestand Wilson in reumütiger Selbsterkenntnis: „Die Franzosen und Polen haben mich vollständig irregeführt."

So kam es zu den furchtbaren Einbrüchen in deutsches Land (s. Bild). Fast ganz Posen und Westpreußen und Teile von Brandenburg und Pommern und dazu noch Teile von Niederschlesien (das Reichthaler Land und Teile der ebenso deutschen Kreise Groß-Wartenberg und Guhrau) kamen an Polen.

III/7. Abstimmungen: Karte des Abstimmungsgebiets in Ost- und Westpreußen.

Als die Würfel in Versailles gefallen waren, begann bereits im Juli 1919 von deutscher Seite die planmäßige Räumung der an Polen abzutretenden Gebiete, obwohl die rechtliche Abtretung erst auf den 10. Januar 1920 festgelegt war. Die rücksichtslose Unterdrückung aller Deutschen konnte beginnen.

Überall wurde uraltes deutsches Gebiet ohne Gegenwehr preisgegeben. Die wirklichen Tatsachen, die weder in Versailles noch wohl den deutschen Novemberlingen bekannt waren, sind folgende:

In dem Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung erstreckten sich germanische Stämme von der Weichselmündung bis zum Weichselursprung und den Karpathen. Weitere 500 Jahre später war der Weichselraum jedoch durch die germanische Völkerwanderung stark entvölkert. Von dieser Zeit an drangen Slawen bis zur Saale und Elbe vor. Aber um das Jahr 1000 erst erscheinen Polen südlich der Netze. Ganz deutsch ist der obere Weichselraum noch im Jahre 1466, als die Polen den einst von ihnen zur Hilfe ins Land gerufenen Deutschritter-Orden besiegt und das ganze Weichselland samt

Danzig wider alles Recht sich einverleibt hatten. Aber auch dann noch kamen Holländer und Friesen und andere Deutsche ins Weichselland, von der polnischen Fremdherrschaft als Träger und Erhalter der deutschen Kultur gerufen, und retteten das Land vor restloser polnischer Verwahrlosung, bis im Jahre 1772 das polnische Joch an der Weichsel wieder abgeschüttelt und dem russischen Zugriff entzogen fortan wieder blühendes deutsches Land wurde. „Seitdem redete alle Welt von der Teilung Polens," schrieb schon 1870 der Engländer Carlyle, „aber von einer Teilung Preußens 300 Jahre vorher, haben wenige geredet." Und auch Wilson hatte einst in seinem Buch über den Staat geschrieben, „daß Friedrich der Große die Lücke zwischen Brandenburg und Ostpreußen durch den Erwerb von Westpreußen mit dem Netzedistrikt ausgefüllt habe, welches Gebiet bereits gänzlich germanisiert war".

Nun wurde auch der nördliche, uralte deutsche Weichselraum zum zweitenmal geraubt. Nur in den östlich des Stroms gelegenen Kreisen Westpreußens und den südlichen Kreisen Ostpreußens durfte abgestimmt werden. Da zeigte sich, wie erlogen die Behauptungen Polens waren, auch diese Gebiete seien überwiegend polnisch.

Das westpreußische Abstimmungsgebiet wurde am 17. Februar 1920, das ostpreußische am 14. Februar von einer alliierten Kommission übernommen und von fremden Truppen besetzt. Erst fünf Monate später, am 11. Juli 1920, fand die Abstimmung statt. In den vier westpreußischen Kreisen stimmten 92,4 v. H. und in den zwölf ostpreußischen gar 97,9 v. H. für Deutschland ab. Die Größe des deutschen Sieges kann man nur ermessen, wenn man zugleich weiß, daß Polen viele geliehene französische Millionen auch in dieses Abstimmungsgebiet steckte, und daß trotzdem selbst polnisch sprechende Deutsche von Polen nichts wissen wollten. Im Kreis Oletzko z. B. wohnten nach der Sprachenstatistik 1117 Polen, 406 Masuren und 9981 Zweisprachige, was nach den polnischen Berechnungen 11 504 Polen ergab. Bei der Wahl aber erhielt Polen nur 2 Stimmen. Nach Angabe der Polen sehnte sich auch der Kreis Lötzen, in dem meist Masuren wohnen, nach der Vereinigung mit Polen. Von den 30 000 Einwohnern bekannten sich jedoch nur 9 zu dieser Sehnsucht.

Nach solchen Ergebnissen mußten auch die Feindmächte einsehen, daß die Deutschland ohne Volksabstimmung entrissenen Ostprovinzen ebenso mit überwältigender Mehrheit für Deutschland abgestimmt hätten. Mit Recht frug der französische Gelehrte Martel in seinem Buche „Deutschlands blutende Ostgrenzen", warum die Polen, wenn sie Westpreußen für polnisch hielten, nicht von sich aus eine Abstimmung vorgeschlagen haben.

III/8. Ungerechte Grenzen: Naturwidrige Grenzziehung an der Weichsel.

Im Versailler Diktat wird die Hauptfahrrinne der Weichsel als Grenze zwischen Ostpreußen und Polen bezeichnet und Ostpreußen ausdrücklich freier Zugang zur Weichsel versprochen.

Aber ebenso wie ganze deutsche Provinzen und 60 Kilometer deutsche Küste geraubt wurden, um Polen einen freien Zugang zur See zu geben, so wurde auch dieses Versprechen Deutschland gegenüber gebrochen und aus der Weichsel ein polnischer Strom gemacht (s. Karte). Nicht in der Mitte des Stromes, sondern selbst entgegen dem Völkerrecht wurde die Grenze so gezogen, daß sie siebenmal den Damm zerschneidet. Die drei großen Stücke, die so erneut aus deutschem Land herausgeschnitten wurden, sollen zugleich als militärische Brücken-

köpfe Polens dienen. Das erste bei Klein-Grabau an der Stelle, wo die von den Polen gesprengte riesige Münsterwalder Eisenbahnbrücke stand, die ein technisches Wunderwerk darstellte und eine schnelle Überschreitung der Weichsel ermöglichte; das zweite bei Kurzebrack, wo der einzige ostpreußische Weichselhafen Raum für Transportschiffe bietet, und das dritte, dort, wo die Stadt Mewe mit ihrem Anschluß an das polnische Eisenbahnsystem die Möglichkeit massierten Aufmarsches bietet. Die fünf Weichseldörfer Mewe gegenüber (Johannisdorf, Außendeich, Neu-Liebenau, Kramershof, Kleinfelde) wurden aus dem natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhang gerissen. Die Grenze trennt vielfach Acker- und Weideland vom Hof, so daß Geräte und selbst Vieh gezeichnet werden müssen. Außerdem ist der Verkehr nur zu bestimmten Zeiten erlaubt.

In jahrzehntelanger, sehr kostspieliger Arbeit hatte Deutschland die Weichsel bis zum Kriegsausbruch durch Anlage einer Fahrrinne reguliert und Schleusenwerke errichtet. Heute ist dieser früher so ersehnte Zugang zum Meer in polnischer Hand, liegt unbenutzt, die Flußregelung verfällt, die Sandbänke im Strom wachsen und die Dämme zerfallen.

III/9. Ungerechte Grenzen: Der Weichselzugang bei Kurzebrack.

Während Polen auf Deutschlands Kosten einen Zugang zum Meer von 100 Kilometer Breite erhielt, ist der Zugang Deutschlands zur Weichsel auf 4 Meter bemessen. Zudem ist dieser „freie" Weichselzugang abgeschrankt (s. Bild) und nur mit Paß und Visum zu betreten. Was Deutschland bleibt, ist nur ein Blick auf den Strom und auf den jetzt den Polen gehörenden und nutzlos daliegenden Hafen von Kurzebrack.

Links von der Abschrankung des Weges ist eine Tafel in polnischer Sprache angebracht, die die Deutschen über die Benützungsordnung des Zugangs zur Weichsel aufklären soll. Erst 1933 hielt man es für angebracht, eine Tafel mit dem entsprechenden deutschen Text hinzuzustellen. Die Übersetzung lautet: „Zugang zur Weichsel für die Bevölkerung Ostpreußens. Grenzübertritt gegen vorschriftsmäßigen Ausweis erlaubt in der Zeit vom 1. April bis 30. September zwischen 6 und 20 Uhr, vom 1. Oktober bis 31. März zwischen 7 und 19 Uhr. Staatliches Wasserbauamt Dirschau." Dirschau, wo die Berechtigung zum Zugang zu holen ist, liegt 55 Kilometer entfernt. Aus dem „ungehinderten Zugang" zur Weichsel, ist ein behinderter „Grenzübertritt" geworden. So ist auch der Weichselstrom aus dem deutschen Körper gänzlich herausgeschnitten.

III/10. Die Vertreibung der Deutschen: Ausgewiesene Optantenfamilien in dürftigen Unterkunftsräumen.

Trotz der vertraglichen Verpflichtung (vom 26. Juni 1919), den Minderheiten die durch Versailles festgesetzten Rechte zukommen zu lassen, hat Polen diese nicht gehalten, sondern weiterhin gegen die Deutschen Krieg geführt und das Deutschtum unterdrückt, mit dem Ziel, so rasch wie möglich entweder alle Deutschen außer Landes zu jagen, oder sie restlos zu polonisieren.

Bereits im September 1921 war mehr als die Hälfte der Deutschen, also gegen 600 000, in barbarischer Weise außer Landes gejagt. Im Jahr 1923, als Frankreich in das Ruhrgebiet einfiel und in Deutschland mit der Inflation das Chaos einzog, ließ Polen auch jeden bloßen Schein fallen. Der „Deutschtumsverband zur Wahrung der Minderheitsrechte" wurde im Juni 1923 aufgelöst und im August 1923 auch der „Deutsche Wohlfahrtsbund" und der „Deutsche Schulverein" verboten. Bis 1925 waren dann weitere 150 000 Deutsche ausgewiesen. Politischer Terror, Steuerdruck, Verwaltungsschikanen, Besetzung aller Beamtenstellen mit Polen, völlige Ausschaltung der nicht

polnischen Sprache aus dem öffentlichen Leben und vor allem Enteignung des deutschen Grundbesitzes waren die Mittel dazu.

Nach Artikel 95 des Versailler Diktats hatten diejenigen Deutschen, die oder deren Vorfahren vor 1908 in den jetzt von Polen geraubten deutschen Gebieten ansässig waren, sofern sie das 18. Lebensjahr überschritten hatten, das Recht, für die deutsche Staatsangehörigkeit zu optieren. In diesem Falle waren sie dann als in Polen lebende Deutsche zu behandeln. Dasselbe Recht wurde den in Deutschland lebenden Polen eingeräumt.

Von diesem Recht des Optierens machten etwa 30 000 in Polen lebende Deutsche Gebrauch. Polen aber wies diese nun widerrechtlich als lästige Ausländer aus. Wiederholte deutsche Einsprache und Verhandlungen, die sich bis Juli 1925 erstreckten, hatten keinen Erfolg. Im Gegenteil: Wer binnen 48 Stunden nach dem 5. August 1925 das Land nicht verlassen hatte, wurde gewaltsam von Haus und Hof vertrieben. Ein Strom von 10 000 deutschen Flüchtlingen, die nichts als ein paar kümmerliche Habseligkeiten mit sich führten und die vor dem Nichts standen, wurden plötzlich über die neue Grenze gejagt. Da das Flüchtlingslager in Schneidemühl nur 500 Personen faßte, hatten viele Tausende tagelang kein Dach über sich. In unserem Bild sehen wir eine Gruppe ausgewiesener Deutscher im Flüchtlingslager. Verzweiflung und Ratlosigkeit spricht aus ihren Augen. Nie wurden Angehörige anderer Völker so schändlich und barbarisch behandelt und so schamlos ihres Besitzes beraubt.

III/11. Die Vertreibung der Deutschen: Die Entdeutschung Pommerellens (Graph. Darstellung).

Einen neuen Generalangriff auf den deutschen Grundbesitz brachte das am 20. Juli 1925 mit 200 gegen 90 Stimmen der Großgrundbesitzer, Deutschen, Ukrainer und Weißrussen beschlossene Agrargesetz im polnischen Reichstag (Sejm). Nach diesem Gesetz wurden alle deutschen Ansiedler enteignet, deren Vorbesitzer das Gut von den Vorfahren unter der Bedingung übernommen hatten, es nicht an polnische Käufer weiterzugeben. Das Gesetz betraf vier Fünftel des deutschen Besitzes und neun Zehntel aller Ländereien der von Polen geraubten deutschen Ostprovinzen. Mit welchem Erfolg Polen die Deutschen vertrieb, zeigt der Verlust an deutscher Bevölkerung (s. Karte).

Zehntausende von Enteigneten klagten vor dem zuständigen „Gemischten Schiedsgericht“ in Paris. Immer neue Flüchtlinge kamen hinzu und auch dem Reich wurden selbst nach der Schätzung der Reparationskommission Werte von mindestens zwei Milliarden Mark weggenommen. Durch das Gericht wären nun so gut wie alle Klagen gegen den polnischen Staat entschieden worden, wenn nicht das Deutsche Reich im sogenannten Liquidationsabkommen vom 31. Oktober 1929, das im Zusammenhang mit dem Youngplan geschlossen wurde, auf sein Guthaben verzichtet und selbst die Zahlungen an die privaten deutschen Gläubiger noch dazu übernommen hätte. Auf diese Weise hat die deutsche Regierung noch dazu verhindert, daß die vieltausendfältigen ungesetzlichen polnischen Räubereien der Weltöffentlichkeit bekannt wurden. Außerdem sanierte dadurch das Deutsche Reich die schwerbedrängten polnischen Finanzen auf seine eigenen Kosten und verlor damit bedeutende politische und wirtschaftliche Gegengewichte seiner Ostpolitik. Schließlich wurde für die vieltausendfach an Deutschen begangenen unmenschlichen Grausamkeiten auch noch der wortbrüchige polnische Staat und das polnische Volk vom Deutschen Reich ebenso vieltausendfach belohnt. Die aber in ihrer polnisch gewordenen Heimat ausharrenden Deutschen wurden auch weiter vergewaltigt.

III/12. Der „Freistaat" Danzig: Karte des Danziger Gebiets.

Zu den Lügen, mit denen die Polen den Präsidenten Wilson und die Versailler Konferenz bearbeiteten, gehört auch die, Danzig habe nicht 3 v. H. Polen, wie die deutsche Statistik erkläre, sondern 40 v. H. Und noch parteiischer war der Bericht der Dreierkommission der Friedenskonferenz unter der Führung des Generals Le Rond, die die Dinge an Ort und Stelle zu untersuchen hatte und die Danzig als „unbeschränktes Eigentum" Polen zusprach. Alle Proteste der Danziger Bevölkerung im März, April und Mai 1919 gegen die polnisch-französischen Pläne halfen nichts. Lloyd George, der kräftig opponierte, setzte wenigstens durch, daß Danzig zu einem „Freistaat" unter dem Schutz des Völkerbunds gemacht wurde, der in Danzig durch einen „Hohen Kommissar" vertreten ist.

Das Gebiet des Freistaats (s. Karte) setzt sich zusammen aus dem Stadtkreis Danzig und Teilen einiger westpreußischen Kreise. Die Grenze führt von Zoppot südlich, auf der Höhe von Marienburg östlich zur Weichsel, dann flußaufwärts bis zur Einmündung der Nogat und schließlich die Nogat abwärts zum Meer. Nördlich von Zoppot liegt Gdingen, der neue Hafen Polens, und nördlich von Danzig die Westerplatte, von wo Polen ebenfalls Danzig bedroht.

Obwohl Danzig zu 96,5 v. H. rein deutsch ist, hat Polen die Überwachung und Verwaltung der Weichsel und des Eisenbahnnetzes, wenn auch auf letzterem mit deutschen Beamten, das Zollwesen und die auswärtige Vertretung Danzigs in die Hände bekommen.

III/13. Der „Freistaat" Danzig: Ententeparade in Danzig.

Am 10. Januar 1920 wurde Danzig an die feindlichen Hauptmächte abgetreten. Unter ungeheurer Beteiligung des ganzen Landes nahmen am 24. Januar die Regimenter der Garnison Abschied. Die alten Märsche dröhnten zum letztenmal, die Fahnen gingen auf Halbmast, dann wurden sie eingezogen. Am 4. Februar zogen zwei englische und ein französisches Bataillon in die Stadt ein. Unser Bild zeigt die Parade dieser alliierten Besatzungstruppen.

Am 15. November 1920 endlich wurde der Freistaat proklamiert. Aufgabe des Völkerbunds wurde es, die Verfassung dieses souveränen Staatswesens zu schützen. Sein Kommissar, der in Danzig seinen Sitz hat, entscheidet bei Streitfällen zwischen Danzig und Polen in erster, der Völkerbund selbst in zweiter Instanz.

III/14. Der „Freistaat" Danzig: Gdingen.

Wie Polen seine „Treuhänderschaft" auf den verschiedensten Gebieten ausübt, zeigt sich allenthalben, so auch in der Verwaltung des Danziger Hafens.

Nach der auf Grund des Versailler Diktats zwischen Danzig und Polen (am 9. November 1920) abgeschlossenen Pariser Konvention wird ein Hafenausschuß eingesetzt, der den Hafen zu verwalten hat und der aus fünf Danzigern und fünf Polen besteht. Diesem Ausschuß wurde zur Pflicht gemacht, den Danziger Hafen so zu erhalten und wenn nötig zu erweitern, daß er den Bedürfnissen des Ein- und Ausfuhrverkehrs von und nach Polen genügt.

Aber noch im gleichen Jahre 1920 hat der polnische Ministerrat beschlossen, einen eigenen Hafen zu bauen, den französische Geldleute zu finanzieren und

zu bauen übernahmen. So entstand aus dem Fischerdörfchen Gdingen in wenigen Jahren der modernste Großhafen der Ostseeküste (s. Bild). Dazu baute Polen wiederum mit französischem Kapital die absolut unrentable sogenannte Kohlenbahn vom oberschlesischen Kohlenrevier bis nach Gdingen, um so die Weichsel und Danzig auszuschalten. Polen verfolgt damit die Absicht, Danzig wirtschaftlich zu ruinieren und so Sieger über die deutsche Stadt zu werden.

Als die Stadt Danzig, deren Handelsumschlagziffern immer tiefer sanken, Klage erhob, wurde zwar durch den Völkerbund festgestellt, daß die polnische Regierung die Verpflichtung übernommen habe, den Hafen von Danzig voll auszunützen, aber praktisch war damit nicht das geringste erreicht. Im Gegenteil. Die Ausschaltung Danzigs wurde noch gesteigert durch zolltechnische Vorrechte des Hafens von Gdingen.

III/15. **Die Freie Stadt Danzig: Die Westerplatte bei Danzig.**

Mit allen Mitteln sollte Danzig zur Strecke gebracht werden. Aus dem Recht, für seinen überseeischen Postverkehr einen eigenen Postdienst zwischen dem Danziger Hafen und Polen einzurichten, leitete sich Polen die Befugnis her, ganz Danzig in seinen Postdienst einzubeziehen, in einer Nacht des Jahres 1925 polnische Briefkästen anbringen und von polnischen Briefträgern den Dienst versehen zu lassen.

Als auf Klage Danzigs der Haager Gerichtshof des Völkerbunds nach langen Monaten dahin entschied, daß der alte Zustand wiederhergestellt werden müsse, haben die Polen diese Niederlage dadurch ausgeglichen, daß sie auf der Westerplatte, einer Halbinsel an der Danziger Hafeneinfahrt, die von den Polen für diesen Zweck beschlagnahmt wurde, ein Munitionslager errichteten und dort Militär stationierten. Danzig wandte sich im ganzen vierzehnmal vergebens an den Völkerbund um Abhilfe. Der Entscheid lautete so, daß die Frage durch direkte Verhandlungen zwischen Polen und Danzig erledigt werden solle.

Aus dem Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland schöpften auch die Danziger neue Kraft. Von ihm erhoffen auch sie die Rettung.

III/16. **Oberschlesiens Leidensweg: Karte des Abstimmungsgebiets in Oberschlesien.**

Das Wort von Lloyd George „Das war nicht der Vertrag, den Deutschland unterzeichnet hatte" — ein Wort das dieser in seinem 1932 erschienenen Buch „Die Wahrheit über die Reparationen und Kriegsschulden" ausspricht —, gilt auch für den schmählichen Betrug an Oberschlesien.

Seit dem Jahre 1335 gehörte Oberschlesien zum Deutschen Reich. Zu Polen hat es nur eineinhalb Jahrhunderte vor dem Jahre 1136 gehört. Alles was das Land war, war es durch deutsche Energie, deutschen Fleiß und deutsche Arbeit geworden. Zwar sprach ein Teil der Bewohner einen altpolnischen Dialekt, das sogenannte „Wasserpolnisch", aber das Land war und fühlte deutsch. Auch im Weltkrieg standen die Regimenter Oberschlesiens hinter keinem anderen Stamme zurück. Nach dem deutschen Zusammenbruch im März 1918 wurde jedoch auch Oberschlesien von Agenten der seit 1900 auch dort umtreibenden nationalpolnischen Richtung überschwemmt und diese durch ausländische Geldgeber unterstützt. Daneben bestand in Polen auch eine andere Richtung, deren Meinung der spätere polnische Staatspräsident Pilsudski in die Worte kleidete: „Was wollen wir denn in Oberschlesien? Das ist doch von alters her eine preußische Provinz."

In Versailles kam Frankreich den anmaßenden Forderungen der nationalpolnischen Gruppe entgegen, um durch Wegnahme des wichtigen Industriegebietes von Oberschlesien Deutschland zu schwächen. Und die polnischen Vertreter in Versailles taten alles, um dort falsche Vorstellungen zu erwecken. So behauptete der Pole Dmowski lügnerischerweise vor dem Zehnerrat am 19. Januar 1919: Schlesien (!) sei zu 90 v. H. streng polnisch. Als aber dann das Land den Polen nicht einfach zugesprochen, sondern eine Abstimmung festgesetzt wurde, waren die Kreise um Dmowski entschlossen, durch Aufstände und die Besetzung des Landes, sowie durch Gewalt und Schrecken gegen die deutsche Bevölkerung ihr Ziel zu erreichen.

Und der preußische Kommissar für Oberschlesien, der Sozialdemokrat Hörsing, hatte bis dahin die militärischen Organisationen der polnischen Vereine gewähren lassen und auch die Verbrüderung der deutschen Spartakisten mit diesen Landesfeinden nicht unterbunden. So kam es, daß das deutsche Volk in Oberschlesien während der nächsten drei Jahre Unerhörtes durchmachen mußte.

Auf unserer Karte sehen wir das ganze Abstimmungsgebiet Oberschlesiens von der Weichsel bis zu einer senkrecht die Oder schneidenden Linie zwischen Oppeln und Breslau. Im dritten polnischen Einbruch besetzte Polen den rechts der Oder gelegenen Teil Oberschlesiens bis zu einer Linie, die von Lublinitz nördlich am Annaberg vorbei zur Oder führt. Das Industriegebiet liegt ungefähr in dem Dreieck Gleiwitz—Tarnowitz—Kattowitz. Der schließlich verlorene Teil Oberschlesiens liegt im Südosten und erstreckt sich von der Gegend um Pleß bis nördlich Lublinitz, schneidet also das Industriegebiet mitten durch.

III/17. Polnische Gewalttaten: Zerstörte Oderbrücke bei Ratibor.

Verantwortlich für die furchtbaren Geschehnisse in Oberschlesien ist vor allem der Pole Korfanty, der von der deutschen Zentrumspartei einst verhätschelte deutsche Reichstagsabgeordnete und Geheimsekretär des unseligen Erzberger. Korfanty war es auch, der seit der Jahrhundertwende in Oberschlesien zu wühlen begonnen hatte. Jetzt verschmolz er das kommunistische mit dem nationalpolnischen Element, setzte deutsch = reich und polnisch = arm, und schürte auch den konfessionellen Gegensatz, indem er deutsch = protestantisch und polnisch = katholisch propagieren ließ. So trommelte er in kürzester Zeit eine Aufstandsbewegung zusammen.

Im Juli 1919 begann der unterirdische Kleinkrieg. Brücken flogen in die Luft, — so auch die Oderbrücke bei Ratibor, deren Trümmer wir im Bilde vor uns sehen —, Züge wurden zum Entgleisen gebracht und andere Gewalttaten verübt. Mit den Spartakisten zusammen wurde dann der Generalstreik durchgesetzt und Überfälle auf den in Oberschlesien stehenden deutschen Grenzschutz unternommen.

III/18. Polnische Gewalttaten in Oberschlesien: Polnische Gefangene werden abgeführt.

In der Nacht zum 17. August 1919 brach der erste polnische Aufstand aus, wobei von Polen aus bewaffnete Banden und Angehörige der regulären polnischen Armee in Oberschlesien einbrachen und die wohlorganisierten polnischen Separatisten Oberschlesiens mit ihnen gemeinsame Sache machten. So fiel vorübergehend die ganze nach Osten vorspringende Ecke Oberschlesiens den Polen

zu. Dazu schuf Korfanty eine Tscheka-Organisation, die Bojowka-Polska. Diese bestand aus einigen Dutzend Abteilungen zu fünf bis sieben Mann. Ihre Aufgabe war, Oberschlesier, die den Polen unbequem wurden, vor allem die Führer auf deutscher Seite, zu ermorden, wichtige Urkunden zu rauben oder zu vernichten, Versammlungen deutschgesinnter Oberschlesier zu sprengen und die Bevölkerung durch Handgranaten und Dynamitattentate in Schrecken zu versetzen, damit man glaube, daß niemand gegen Polen aufkommen könne.

Lange währten die Gewalttaten beim ersten polnischen Aufstand nicht. Der deutsche Grenzschutz, bestehend aus Freikorpstruppen und Teilen des 6. Armeekorps säuberten in wenigen Tagen das ganze Land. Unser Bild zeigt den Abtransport von Mitgliedern polnischer Banden. Unter ihnen befinden sich auch Verbrecher, denen für ihre Teilnahme der Wegfall ihrer Strafe versprochen wurde. Nach dem Mißerfolg dieser ersten Gewalttaten aber hatten die Polen die Stirn, sich beschwerdeführend an die Alliierten um Schutz für das friedliebende Polen zu wenden! Und dort war man ihnen wohlgesinnt.

Mit dem Inkrafttreten des Versailler Diktats, am 10. Januar 1920, mußten die deutschen Truppen und zum Teil auch die deutschen Behörden das Land räumen. Französische, englische und italienische Truppen rückten ein. Die interalliierte Kommission, bestehend aus dem französischen General Le Rond, dem englischen Oberst Parseval und dem italienischen General de Marini übernahm die Regentschaft Oberschlesiens. Ihre Aufgabe war, für eine unparteiische Abstimmung zu sorgen. Mit der Herrschaft des Generals Le Rond aber begann eine furchtbare Leidenszeit für die Deutschen. Die Grenze Oberschlesiens gegen Deutschland wurde gesperrt, die gegen Polen geöffnet. Korfanty wurde Abstimmungskommissar und hatte nun den Weg frei zum Ausbau seiner militärischen Terror-Organisationen.

Schutzlos mußte die deutsche Bevölkerung den von Le Rond geförderten zweiten polnischen Aufstand im August 1920 unter der ruhig zusehenden französischen Besatzung mit all seinen Grausamkeiten, Plünderungen, Ausweisungen, Vergewaltigungen, Bestialitäten und Morden über sich ergehen lassen. Aber schließlich gelang es auch jetzt wieder dem deutschen Frontgeist der schwachen Selbstschutzverbände und der Sicherheitspolizei die Polen daran zu hindern, das ganze Land in Besitz zu nehmen. Am 28. August mußte Korfanty sich zum zweitenmal als geschlagen bekennen, wenn auch polnische Banden immer wieder Gewalttaten verübend das Land durchzogen. Mit über 180 Toten auf deutscher Seite war der Sieg blutig erkämpft.

III/19. Fortsetzung der Gewalttaten nach der Abstimmung: Gedenktafel an vier nach der Abstimmung ermordete deutsche Landjäger.

Endlich wurde die Abstimmungsordnung, wiederum im Einvernehmen mit Korfanty, sehr zu Ungunsten der Deutschen aufgestellt und die Abstimmung selbst auf den 20. März 1921 festgelegt. Immer unerhörter wurde jetzt Gewalt und Schrecken der polnischen Banden.

Deutsche Versammlungen wurden mit Handgranaten und Revolver gesprengt, die Presse unterdrückt und die Abstimmung für Deutschland von der polnischen Geistlichkeit mit Kirchenstrafen bedroht. Polen spielte außerdem sein eben abgeschlossenes, geheimes militärisches Bündnis mit Frankreich aus und stellte eine bessere wirtschaftliche Zukunft unter polnischer Herrschaft in Aussicht.

Aber trotz allem strömten die abstimmungsberechtigten Oberschlesier aus allen deutschen Gauen zur Abstimmung in ihre Heimat. Wenn auch Zehn-

tausende nicht dorthin gelangten, andere Zehntausende unter Schikanen und Terror nicht zugelassen wurden und Schiebung und Bestechungsgelder und Geschenke ein übriges taten, so haben doch 62 v. H. für Deutschland gestimmt. 717 322 Stimmen standen gegen 433 534 für Deutschland. 55 v. H. der Gemeinden, darunter alle Städte und fast alle größeren Ortschaften, standen ebenfalls auf deutscher Seite. Auch das Industriegebiet hatte sich mit 285 900 gegen 229 600 Stimmen für Deutschland entschieden. Damit mußte nach dem Versailler Diktat ganz Oberschlesien bei Deutschland verbleiben.

Aber Polen und Frankreich gaben ihr Spiel noch nicht verloren. Schon am 22. März 1921 überschritten militärische Abteilungen Polens die Grenze. Überall in Oberschlesien tauchten plötzlich polnische Hallerlegionäre auf, die einst auf Frankreichs Seite im Weltkrieg gekämpft hatten. Am Tag darauf forderte Korfanty seine Polen auf, Oberschlesien bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Die Folge waren neue Gewalttaten und Vertreibungen von vielen Deutschen, insbesondere von Industriebeamten. Alles Deutsche war vogelfrei, Mord und Terror herrschte weiterhin. Ein Beispiel ist in unserem Bilde festgehalten. Es lautet: (s. Bild). Diese schlichte Tafel hängt an einem Hause in dem Orte Kerf bei Beuthen. Hier hat eine verhetzte Menge ihre Wut über die Wahlniederlage an diesen deutschen Beamten ausgelassen. Vierundzwanzig Familien waren zu ihnen geflohen. Als sie die weiße Fahne hißten, wurde ihnen freier Abzug versprochen. „Wir waren auch Soldaten und wissen unser Wort zu halten," versicherte der Polenführer. Trotzdem geschah das Furchtbare. Zweimal war es den Beamten vorher gelungen, Boten zu den französischen Truppen zu schicken, aber als schließlich eine Abteilung Hilfe bringen sollte, ging sie in großem Bogen um Kerf herum, um die Gewalttaten der Polen nicht zu stören.

III/20. **Der dritte polnische Aufstand: Aufmarsch der Freiwilligenverbände in Ratibor.**

Über das Ziel Korfantys gibt dieser selbst in einem Bericht aus dem Jahr 1925 Auskunft. Es heißt dort: „Am dritten Tage nach der Abstimmung schloß ich mich in mein Zimmer ein und begann die neue Grenze zu ziehen. — Ich tat, was in meinen Kräften stand, um der Interalliierten Kommission meine Grenzlinie aufzuzwingen. Am 30. April berief ich meine Vertrauensleute telefonisch zu einer Konferenz. Ich legte dar, daß nur ein sofortiger bewaffneter Aufstand das schlesische Volk seiner Befreiung und Polen das Gebiet geben könne. — Es wurde beschlossen, für den 2. Mai den Generalstreik auszurufen. In der Nacht zum 3. Mai sollte das Volk zu den Waffen greifen und geschlossen gegen den Feind vorgehen."

Für den dritten Aufstand holte sich Korfanty zusammen mit dem polnischen Außenminister bei Briand in Paris die Erlaubnis. Auch Le Rond war dort. Briand sagte den Polen Oberschlesien zu. Eine durch Extrablatt verbreitete Lüge über die Absichten der Deutschen mußte herhalten, um das Losschlagen zu begründen. Wie festgesetzt, begann am 3. Mai die Großaktion der Polen, die vollendete Tatsachen schaffen sollte. Die Franzosen ließen die polnischen Horden ins Land und versorgten sie noch mit Waffen. Ganze Regimenter des polnischen Heeres waren in Zivil dazwischen. Das ganze Land bis zur Oder hin wurde besetzt. Der schwache deutsche Selbstschutz wurde von der hundertfachen Übermacht aufgerieben, soweit er nicht entkam. Erst kurz vor Oppeln konnte Widerstand geleistet werden. Der deutsche Teil der Abstimmungspoli-

zei wurde von den Franzosen gezwungen, ihre Waffen an die Polen abzuliefern, worauf die Polen sie grausam mißhandelten und großenteils abschlachteten. Polnischer Schrecken überzog das Land. Tausende wurden scheußlich mißhandelt, verschleppt, erschlagen. Feldgerichte der polnischen Horden fällten willkürliche, grausame Urteile. Ein Oberschlesienkämpfer (Franz Knospe) schreibt hierüber: „Vertierte, fuselschwankende Bestien mordeten und verstümmelten jeden zu Tode, nachdem sie ihm seine Kleidung samt dem Hemd weggenommen hatten. Wer da glaubt, daß im allerchristlichen Polen Menschen leben, dem werde ich an Hand von Originalphotographien das Gegenteil beweisen. Furchtbar gemein war die polnische Pest."

Obwohl selbst der italienische General de Marini zur Bildung eines deutschen Selbstschutzes aufforderte, versagte die deutsche Regierung der Erfüllungspolitik und des Pazifismus vollkommen. Sie protestierte und sprach vom Weltgewissen. In dieser höchsten Not aber strömte die beste deutsche Jugend Schlesiens und des deutschen Vaterlandes zusammen, weil ihr Blut sie trieb, ihrem Volke zu helfen und deutschen Boden zu verteidigen. Einen solchen Freiwilligenverband haben wir im Bilde vor uns. Stammes- und Standesunterschiede waren verschwunden. So wie sie kamen, traten sie an, eine bunte Truppe, meist in Zivilkleidern und zum Teil ohne Waffen, aber eine Truppe vom besten deutschen Geist beseelt.

III/21. **Der dritte polnische Aufstand: Die bayerische Organisation „Oberland" im schlesischen Selbstschutz.**

Auch ganze Verbände fanden sich in Schlesien zusammen. Sie waren überall, wo deutsche Not am größten und der Einsatz am gefährlichsten war. So die bayerische Organisation „Oberland", von der wir im Bild ein paar echte Vertreter vor uns haben. Sie schlossen sich einst aus meist dem Alpenkorps angehörigen Frontsoldaten zusammen, als es galt, im Frühjahr 1919 München vom Bolschewismus zu befreien. Und von da an waren sie überall mit dabei, um das um sein Leben ringende Vaterland zu verteidigen. So eilten sie auch jetzt nach Oberschlesien. Bestes Soldatentum, höchste Verantwortungsfreudigkeit, Liebe zum Deutschtum bis zur Selbstaufgabe erfüllte sie.

III/22. **Schwere Kämpfe und Überfälle: Kampf zwischen polnischen Insurgenten und Selbstschutz.**

Ein typisches Beispiel des harten Abwehrkampfes in kleinen Gruppen zeigt unser vorliegendes Bild. Bei der gut bewaffneten Überzahl der Feinde kam es auf restlose Einsatzbereitschaft und den Todesmut des einzelnen an. Was an Waffen und Zahl der Verteidiger fehlte, mußte durch unüberwindlichen Soldatengeist ersetzt werden. So haben in vielen Hunderten von Abwehrtreffen tapfere deutsche Jünglinge und Männer das Lebensrecht ihres Volkes gegen einen unmenschlichen Feind verteidigt.

III/23. **Die Rolle der fremden Besatzung: Italiener kämpfen im Schützengraben gegen Polen.**

Während die französischen Truppen sich mit den Polen, ihren Verbündeten, eins fühlten und alles taten, um ihnen zum Siege zu verhelfen und sie auch

aktiv unterstützten, wo sich ein Vorwand dafür finden ließ, sind die Italiener, die den südlichen Abschnitt um Rybnik zu betreuen hatten, den Eindringlingen entgegengetreten. Das vorliegende Bild zeigt, daß auch Schützengräben zu diesem Zweck ausgehoben werden mußten. Die Erfüllung der übernommenen Aufgabe mußten auch die Italiener mit schweren Verlusten an Toten und Verwundeten bezahlen. Ob ihrer pflichtgemäßen Einstellung wurden auch italienische Offiziere überfallen, so wurde u. a. der Kommandant der Stadt Pleß von der polnischen Tscheka aus dem Hinterhalt niedergeknallt. Auch zahlreiche italienische und englische Kreiskontrolleure wurden von den Organen der polnischen Banden für abgesetzt erklärt oder verfolgt.

Der französische Außenminister Briand aber, bei dem sich inzwischen der für die Scheußlichkeiten in Oberschlesien direkt verantwortliche General Le Rond befand, vertauschte wie so oft in der französischen Politik die Rollen und wagte wider alle Wahrheit zu behaupten: „Die Deutschen sind schuld daran" und auszurufen: „die Stunde ist gekommen, die Faust am Kragen Deutschlands durch das Messer an seiner Gurgel zu ersetzen." Und der Bandenführer Korfanty, der am 6. Mai Werbeblätter aus polnischen Militärflugzeugen über polnischen Städten abwerfen ließ, die zum Eintritt in seine sogenannte Freiheitsarmee aufforderten, drohte am 8. Mai in einem Ultimatum nach Berlin: er werde im Falle einer aktiven Gegenwehr den Angriff bis nach Brandenburg vortragen. Während aber selbst Lloyd George der Meinung war: „Wenn man unter den gegenwärtigen Umständen den Deutschen nicht erlauben wollte eine Provinz zu verteidigen, die 600 Jahre nicht polnisch gewesen ist, so wäre das schimpflich und unwürdig," wagte die deutsche Erfüllungsregierung auch jetzt nicht, Land und Volk mit den Mitteln zu verteidigen, die allein von Ausschlag sein konnten.

III/24. Die Rolle der fremden Besatzung in Oberschlesien: Bekanntmachung der Vertreter der Besatzungsmächte gegen polnische Gewalttaten.

Wie klar die italienischen und englischen Besatzungstruppen die Lage gleich am 3. Mai erkannten, zeigt die uns vorliegende Bekanntmachung über den Belagerungszustand. Diese lautet: (s. Bild). Nun, da Le Rond abwesend war und der Italiener de Marini an der Spitze der interalliierten Kommission stand, wurde nicht der deutsche Selbstschutz lügenhaft als schuldig an den Zuständen erklärt, sondern „gewisse Elemente der polnischen Bevölkerung".

Als Korfanty dann Le Rond aus Furcht vor dem sich bildenden deutschen Selbstschutz zurückgerufen hatte, kam es innerhalb der Interalliierten Kommission zu den schärfsten Auseinandersetzungen. In der englischen Zeitung „Manchester Guardian" lesen wir hierüber (18. 6. 1921): „Oberst Parseval ist nach Hause gegangen. Seine Gesundheit ist völlig zusammengebrochen durch die fortwährenden Kämpfe zwischen seinem Gewissen und seiner Verpflichtung, mit den Franzosen nicht zu brechen. Major Ortley, der frühere Kreiskontrolleur von Beuthen, trat schon vor Monaten zurück, weil ihm seine Ehre verbot, die Politik des Generals Le Rond tatenlos mit anzusehen. Als der Aufstand anfing, traten achtzehn englische Offiziere zurück, willigten jedoch ein zu bleiben, da die hilflose, betrogene Bevölkerung ohne ihre Gegenwart den allerletzten Schutz verloren hätte. Vor einigen Tagen verließ Major Dassels die Stadt Tarnowitz voll Empörung, weil sich die französische Besatzungsarmee zurückgezogen und nur 60 Mann hinterlassen hatte, die unfähig und unwillens waren, die Stadt zu verteidigen. Diese Dinge sind nur einige wenige Zeichen der Demütigung, die englische und italienische Offiziere erlitten haben in ihrem Kampfe, zwei Unversöhnlichkeiten miteinander zu versöhnen, d. h. ehrliches Spiel mit der Politik des Generals Le Rond in Einklang zu bringen."

III/25. Die entscheidende Schlacht am Annaberg: Der Annaberg.

Zwei Wochen lang standen die unzulänglich bewaffneten und zum Teil nicht eingeübten Verbände des Selbstschutzes in verzweifelter Abwehr gegen vielfache Übermacht. Schnelles Handeln war notwendig, ehe die Polen noch stärker wurden und ehe die Franzosen eingriffen. General Höfer, ein Sohn Schlesiens, der den Oberbefehl übernommen hatte, ließ sich leider auf Verhandlungen ein und gab einen Aufruf an den Selbstschutz heraus mit der Aufforderung, im Vertrauen auf die Gerechtigkeit der Welt „Gewehr bei Fuß zu stehen". Gewehr bei Fuß, während drüben die Deutschen abgeschlachtet wurden. Das ging den Freikorps nicht ein; sie wußten, daß alles auf die Tat ankam. Im Lager des Abschnitts Süd, den der aus Kösel gebürtige General v. Hülsen befehligte, kam man überein, die Lage durch Wegnahme des Annabergs zu verbessern und dann die polnische Front aufzurollen.

300 Meter hoch ragt der Annaberg mit seiner alten Wallfahrtskirche, dem Nationalheiligtum der Oberschlesier, über das Odertal auf. Von da konnte man weit ins Land schauen. Mit einer Länge von 20 Kilometer und einer Breite von 4 Kilometer beherrscht er die ganze Umgebung. So war er auch die Schlüsselstellung Korfantys, dort lagen auch seine besten Regimenter. Der Entschluß war für General von Hülsen, wie er später schreibt, „nicht leicht, die Zufuhr, Verpflegung und auch Bewaffnung nicht ermutigend. Kaum ein Maschinengewehr gab es, die mußte man sich erst beim Feinde holen. Reserven waren nicht vorhanden. Nur der deutsche Sturmgeist war da, von ihm mußte alles erwartet werden".

III/26. Die Schlacht am Annaberg: Karte zum Sturm auf den Annaberg.

Am 21. Mai 1921, nachts 12 Uhr, marschierten die Kolonnen an. Um 2 Uhr 30 Minuten begann der Angriff. Den rechten Flügel bildete das Regiment von Chappuis, dann schlossen sich die drei Bataillone Oberländer unter Major Horadam und Hauptmann Römer und das Sturmbataillon Heinz zur Linken an. Die deutschen Sturmreihen stießen alsbald auf die ersten polnischen Vorposten, die Alarm schlugen. Die erste Kolonne, die in Richtung auf Jeschona vorging, erhielt sofort rasendes Maschinengewehrfeuer. Durch einen Panzerzug wurde eine ganze Kompanie aufgerieben. Die drei Bataillone Oberländer kamen rascher vorwärts. In der Annahme, daß der Hauptangriff von Süden her kam, wo das Regiment von Chappuis in heftigem Kampfe lag, warfen die Polen auch noch Verstärkungen vom Annaberg hinunter gegen die Bahn in der Oderniederung. Stießen die Polen durch, so war das Korps Oberland und die Sturmabteilung Heinz von ihrer Rückzugslinie abgeschnitten, da hinter ihnen keine Reserve mehr vorhanden war. Wurde der südliche Flügel durch Oberland verstärkt, so bedeutete das Verzicht auf den Annaberg. Gelang es dagegen, den Annaberg in direktem Vorstoß zu nehmen, ehe der polnische Angriff auf Chappuis Erfolg hatte, mußte die ganze polnische Front zusammenbrechen.

Stabschef Römer entschloß sich für diesen kühnen Plan. Er führte die drei Bataillone Oberland und das Sturmbataillon Heinz von Westen und Norden gegen den Annaberg heran. Das schwer verteidigte Oleschka wurde von einer erbeuteten Batterie durch II O sturmreif geschossen, I O und III O arbeiteten

sich durch den Wyssokaer-Wald zäh empor, die Sturmabteilung Heinz erklomm die Sprentschützer Höhen. Leutnant Schlageter führte von dort aus seine Kompanie durch eine Lücke der polnischen Front und isolierte die polnischen Batterien auf der Höhe des Berges von der nördlichen Flanke her. Kurz nach Mittag brandete von drei Seiten der Angriff die Hänge des Annabergs empor und die letzten Polen flohen die südlichen Hänge hinab. Der Annaberg war genommen.

III/27. **Die entscheidende Schlacht am Annaberg: Notizblatt mit Gefechtsmeldung Schlageters bei Kalinow.**

Die linke Flanke, die 20 Kilometer offen war, vor allem die Umgegend von Niewke und Kalinow, erwies sich später als die empfindlichste Stelle. Ein paar Stunden nach der Erstürmung des Annabergs stieß der Feind unerwarteterweise von Niewke her vor und hauste gräßlich unter den wenigen, die er dort zu fassen bekam. Eine Stunde später aber war die Gegend um Niewke von der Kompanie Schlageter wieder gesäubert. Aber auch in den nächsten Tagen blieben Niewke und Kalinow, die den nördlichen Zugang zum Annaberg darstellen, das Ziel ununterbrochener Angriffe. Während in südöstlicher Richtung die Front vom Annaberg aus 10 Kilometer weit vorgetragen war, blieben Niewke und Kalinow der Angelpunkt der Stellung. Einmal gelang es auch dort, die Polen noch weiter zurückzutreiben bis Posnowitz. Von diesen Kämpfen ist uns eine Gefechtsmeldung von Schlageter an sein Bataillon erhalten, die uns im Bilde vorliegt. Sie zeigt, wie zahlenmäßig schwach die einzelnen Stellungen besetzt waren und gibt Auskunft über die Lage der Kompanie Schlageter. Diese Gefechtsmeldung lautet: (s. Bild).

Am 31. Mai gingen die Polen in einem Großangriff von Süden her vor. Dabei wurden drei polnische Infanterie-Regimenter durch die drei Oberland-Bataillone und das Freikorps Heinz völlig aufgerieben. Sechs französische Offiziere, die in den polnischen Reihen mitgekämpft hatten, erlitten das Los der Franktireure. Am 4. und 5. Juni wurde dann die polnische Hauptmacht am Klodnitz-Kanal umzingelt, vernichtet und gefangengenommen. Diesen unfaßbar tapferen Sieg bezahlten die Freikorps mit einem Verlust von 300 Toten.

Jetzt war der Weg zur Entsetzung der Städte im Industriegebiet und zur deutschen Volkserhebung frei. Aber nun griffen die Franzosen ein, die die restlose Vernichtung ihrer polnischen Schützlinge befürchteten. Interalliierte Truppen schoben sich zwischen die siegesmutigen Freikorps und die fliehenden Polen ein und machten eine Fortsetzung des deutschen Angriffs unmöglich. Zugleich kam der Befehl an die Truppe, sich aller Kampfhandlungen zu enthalten, und die Forderung, daß sämtliche irregulären Formationen bis 5. Juli das Abstimmungsgebiet verlassen haben müßten.

Das kriegerische Spiel Korfantys war verloren. Jetzt gab auch Polen den Kampf auf und lieferte den Horden kein Geld mehr. Darauf verließen diese das oberschlesische Land und wandten sich gegen Warschau, um dort ihre Soldzahlungen zu verlangen. General Le Rond forderte nun in Paris mehr Truppen an mit der Begründung, er fühle sich in Oppeln nicht mehr sicher. Er fürchtete wohl auch, daß die deutschen Freikorps sich Nordschlesien doch noch holen könnten. Aber dem trat die deutsche Regierung entgegen.

III/28. **Westoberschlesien frei: Einzug der Reichswehr in Gleiwitz.**

Unsagbar traurig war die Haltung der deutschen Regierung Ebert-Wirth-Rathenau, die glaubte, nur durch Unterwürfigkeit zur Freiheit kommen zu

können. Am 24. Mai, also drei Tage nach dem Sturm auf den Annaberg, als jedes deutsche Herz höher schlug, schickte diese deutsche Regierung 900 Landjäger an die Grenze nach Oberschlesien, um den deutschen Selbstschutz von allem Nachschub abzuschneiden. Dazu bedrohte sie jeden mit 100 000 Mark Geldstrafe und 6 Monaten Gefängnis, der von diesem Tage an noch an nicht genehmigten Verbänden militärischer Art teilnimmt.

Das jüdische Berliner Tagblatt schrieb gar von deutschen Banden in Oberschlesien, deren Auflösung in deutschem Interesse liege. Diese Regierung hoffte selbst nach Versailles und all dem Furchtbaren immer noch auf Gerechtigkeit, wenn sie, um mit den Worten des Zentrumskanzlers Wirth zu sprechen, „nur alles unterließ, was unseren Gegnern Gelegenheit geboten hätte, unsere gerechte Sache zu verdunkeln und das eigene Unrecht zu beschönigen". Das heißt, diese Regierung ließ ihr Volk totschlagen, bekämpfte und bestrafte die, die unter Einsatz ihres eigenen Lebens den teuflischen Grausamkeiten entgegentraten, und hoffte gleichzeitig auf internationale Gerechtigkeit.

Reichskanzler Wirth gab sich mit dem Hinweis darauf zufrieden, daß das Schicksal Oberschlesiens von der internationalen Politik bestimmt würde, verzichtete aber selbst darauf, etwas in dieses politische Spiel einzusetzen. So brachte es Briand fertig, daß die Entscheidung durch den Völkerbund gefällt wurde, der ein Vollzugsorgan Frankreichs ist. Der Antrag eines Unterausschusses, der die französisch-polnischen Interessen vertrat, wurde angenommen und damit ging diese Tragödie wiederum auf Kosten Deutschlands zu Ende.

Von den 2 Millionen Oberschlesiern wurde 1 Million polnisch. Ebenso der industriell wertvollste Teil des Landes mit Städten wie Königshütte und Kattowitz, die zu vier Fünftel für Deutschland gestimmt hatten. An Polen fielen: fünf Sechstel der Steinkohlengruben und dazu die noch nicht erschlossenen fast ganz, alle Eisengruben, drei Viertel der Zink- und Bleigruben und von den 80 Hochöfen, Gießereien und Stahlwerken weit mehr als die Hälfte. In unsinnigster Weise wurden Dörfer und Städte, Wasserleitungen und Kraftstromnetze durchschnitten und die Fabriken von ihren Gruben und die Arbeiter von ihren Werken getrennt.

Briand äußerte sich befriedigt: „Künftig kann Deutschland das oberschlesische Arsenal nicht mehr für sich nutzbar machen." Der zentrümliche Reichskanzler Wirth aber fand nur die Worte: „Jeder Glaube daran ist geschwunden, daß Recht und Gerechtigkeit in den Beziehungen der Völker noch die ihnen gebührende Bedeutung haben" und stellte im selben Atemzuge „eine positive europäische Politik des Wiederaufbaus in Aussicht".

Wie deutsch dieses Oberschlesien-Land ist, zeigt der Einzug der Reichswehr in Gleiwitz, das heute an der Grenze liegt. Ebenso herzlich wäre der Empfang in den verlorenen Städten gewesen, die unter die Knute eines feindlichen Staates kamen. Wir aber wissen heute, daß ohne die Selbstaufopferung der besten Deutschen vom oberschlesischen Industriegebiet und vielleicht von Oberschlesien überhaupt uns kaum etwas geblieben wäre. Wir wissen auch, daß diese unter Vertragsbruch brutal zerrissenen Grenzen im Osten Deutschlands nicht ewig bleiben werden.

III/29. Österreich: Die Aufteilung des Landes. (Karte.)

Das Ergebnis der Aufteilung der österreichischen Donaumonarchie im sogenannten Friedensvertrag von St. Germain zeigt unser Bild (Erklärung!).

Dem Reststaat, der sich nicht „Deutsch-Österreich“ heißen, sondern „Bundesrepublik Österreich“ nennen mußte, blieben nur 6,5 Millionen Deutsche.

In den Sudetenländern sind seit Karl dem Großen die nach der germanischen Völkerwanderung auftretenden Tschechen in die Wirkungssphäre des deutschen Volkes einbezogen. Im 15. Jahrhundert wurde Böhmen deutsches Kurfürstentum. Prag erhielt die erste deutsche Universität. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zeigten sich die Tschechen als verkappte, aber entschlossene Gegner Österreichs. Sie spielten eine entsprechende Rolle während des Kriegs und ließen sich von den Franzosen das deutsch-böhmische Gebiet zusagen (auf der Karte aufzeigen!). Mit französischer und englischer Hilfe wurden so auch die deutschen Gebiete, die am 29. Oktober 1918 ihren Anschluß an Österreich erklärt hatten, von den Tschechen militärisch besetzt und dann dem am Tage vorher gegründeten tschechischen Staat widerrechtlich einverleibt und im Frieden von St. Germain ohne Volksbefragung zugesprochen. Dieses geraubte deutsche Land ist größer als Elsaß-Lothringen und hat mit seinen rund 3,5 Millionen Einwohnern mehr Bewohner als Norwegen oder Dänemark, während die Tschechen selbst nur die Hälfte der Bewohner ihres Staates ausmachen.

Das Ziel der Tschechen ist die Entnationalisierung der Deutschen mit allen Mitteln. Diesem Ziel dienen u. a. folgende Maßnahmen: 1. Verdrängung der deutschen Sprache aus dem öffentlichen Leben und Ausschaltung der Deutschen aus den Beamtenstellen, 2. eine tschechisierende Schulpolitik (3000 deutsche Schulklassen wurden aufgehoben und dafür 2000 tschechische im deutschen Gebiet errichtet), 3. eine Agrarreform, d. h. die Wegnahme von Großgütern zugunsten der Tschechen, 4. eine ungerechte Handhabung der Steuergesetze, 5. deutsche Industrien werden nur beschäftigt, wenn eine festgesetzte Anzahl tschechischer Arbeiter eingestellt wird. Die Widerstandskraft der Deutschen wird durch ihre Rand- und Streulage und über ein Jahrzehnt lang auch durch ihre Parteizersplitterung beeinflußt. Die beabsichtigte und systematisch herbeigeführte Verelendung der Deutschen nimmt besonders seit 1930 zu. Die seit 1930 ausgebrochene Weltwirtschaftskrise und die seit 1933 auftretenden deutschen Emigranten tragen das Ihre dazu bei.

Das zerstückelte Ungarn nahm sich nachträglich mit Zustimmung der Alliierten einen Teil des deutschen Burgenlandes mit Ödenburg und anderen Städten weg. Zusammen mit den 60 000 Deutschen in Budapest (1910 noch 80 000) und den Deutschen in Mittel- und Südungarn bilden sie mit zusammen 500 000 Deutschen die bedeutendste Minderheit des Landes, die von Ungarn ebenfalls mit allen Mitteln entdeutscht wird.

An Italien kam Südtirol bis zum Brenner mit seinen 240 000 deutschen Bewohnern, das ganze Küstenland mit Triest und Istrien. Außerdem wurde das deutsch-kärntnerische Kanal-Tal mit seinen 6000 Deutschen und 2000 deutschgesinnten Slowenen seiner Bleiberge und seines Eisenbahnknotenpunkts wegen von Kärnten abgetrennt und Italien zugeschoben.

Das von den Mittelmächten im Weltkrieg vollständig geschlagene und besetzte Serbien vergrößerte sich nach Kriegsende zu einem Groß-Serbien, das den Namen Südslawien (Jugoslawien) annahm. Die zu Serbien geschlagenen Gebiete liegen in dem Dreieck Dalmatien—Krain—Banat. In diesem Gebiet befinden sich 700 000 Deutsche, vor allem im Banat, in Slowenien, Kroatien und der Krain (Gottscheed, Laibach) und in dem annektierten Teil von Südsteiermark.

Darüber hinaus aber verlangten die Südslawen auch noch ganz Kärnten bis zu den Hohen Tauern. Dieses Verlangen aber scheiterte an dem heldenhaften Widerstand der Kärntner.

Kärnten ist neben den deutschen Kärntnern zu einem Viertel von übrigens seit Jahrhunderten vollkommen deutsch gewordenen windischen Kärntnern (Slowenen) bewohnt. Wie immer, so genehmigten die Franzosen auch diese gegen das Deutschtum gerichteten Forderungen. So gingen die Südslawen daran, Kärnten zu besetzen, bis ihnen die Kärntner in einem heldenmütigen Abwehrkampf in den Karawanken entgegentraten.

Erst durch die Amerikaner wurde ein halbes Jahr später ein Waffenstillstand herbeigeführt und dann für die südliche Zone Abstimmung gewährt. Obwohl diese Abstimmungszone südlich Klagenfurt anderthalb Jahre lang von den Südslawen besetzt werden durfte und obwohl diese 70 v. H. slowenischer Bevölkerung enthielt, stimmte das Gebiet am 10. Oktober 1920 trotzdem mit 22 000 gegen 15 000 Stimmen für Österreich ab. So wurde das gesamte Kärntnerland durch die Tapferkeit seiner Bevölkerung gerettet.

III/30. Die Anschlußtragödie: Anschlußkundgebung der Kärtner bei Klagenfurt.

Wie ganz Österreich, so sehnten sich auch die Kärntner zum Deutschen Reich zurück. Mit welcher Einmütigkeit sie ihren Willen zu Deutschland bekundeten, sehen wir aus der vorliegenden Anschlußkundgebung in Klagenfurt. Wäre es ihnen nicht verwehrt worden abzustimmen, so hätten sie mit demselben Ergebnis wie die Tiroler und Salzburger ihren einmütigen Willen zu Deutschland bekundet.

Österreich versuchte wiederholt, den Anschluß an Deutschland herbeizuführen. Allein vom Zusammenschluß mit Deutschland, an dessen Seite es $4\frac{1}{2}$ Jahre lang im Weltkrieg gekämpft und geblutet hatte, erhoffte das österreichische Volk wirtschaftliche Gesundung und kulturelles Gedeihen. Die Entente aber tat alles, um dieses Verlangen nicht zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Bereits am 12. November 1918 beschloß die österreichische Nationalversammlung: „Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik". Aber den Novemberlingen in Deutschland fehlte der Mut und die politische Einsicht, um den Anschluß sofort zu vollziehen, ehe Clémenceau diesen durch den Artikel 180 des Versailler Vertrags verbot und für alle Zukunft vom einstimmigen Willen des Völkerbunds abhängig machte. Als die österreichische Nationalversammlung aus der Not des Landes heraus am 1. Oktober 1920 trotzdem eine Abstimmung über den Anschluß an Deutschland beschloß, wurde diese verboten, zugleich aber Österreich in den Völkerbund aufgenommen und wirtschaftlich an die Entente gefesselt, was bei der Passivität Deutschlands und der Habsburg-freundlichen Einstellung der Christlich-Sozialen in Österreich begünstigt wurde. Anläßlich der 50jährigen Wiederkehr der Gründung des Deutschen Reichs am 18. Januar 1921 fand aber die großdeutsche Sehnsucht der österreichischen Bevölkerung erneut in einem Telegramm des Nationalrats an den deutschen Reichspräsidenten seinen Ausdruck. Bald darauf forderten nicht nur die gesamte Lehrerschaft Österreichs, sondern auch die Vertreter Tirols, Salzburgs, Steiermarks und Kärntens, die persönlich in Wien erschienen, eine Abstimmung mit dem Ziel des Anschlusses. Als der österreichische Bundespräsident versagte und sein Land an die Entente auslieferte, schritt das Volk selbst zur Tat.

Trotz allem wurde in Tirol am 24. April 1921 mit 98,6 v. H. der Wähler der Anschluß gefordert. Und obwohl nicht nur die eigene Regierung, sondern auch Frankreich, Italien und die kleine Entente Vorstellungen erhoben, ging auch in Salzburg das Volk zur Wahlurne und forderte mit noch größerer Mehrheit (103 000 von 104 000 Stimmen) den Anschluß.

III/31. Das Schicksal Südtirols: Das Denkmal Walters von der Vogelweide.

In diesem Bilde sehen wir das Denkmal Walters von der Vogelweide, des großen deutschen Dichters des hohen Mittelalters, auf dem Marktplatz in Bozen, der Hauptstadt des urdeutschen Landes Südtirol, das unbarmherzig aus dem deutschen Volkskörper herausgeschnitten wurde.

Dieses Land forderte Italien entsprechend den ihm während des Kriegs gemachten Versprechungen der Alliierten. Im 9. der 14 Punkte Wilsons und damit im Vorfriedensvertrag aber wurde nur „die Berichtigung der Grenzen Italiens nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Nation" zugestanden. Dieser Punkt wurde auf der Konferenz von Versailles von Oberst House mit Genehmigung Wilsons dann so kommentiert: „Wenn Italien die beste geographische Grenze erhielte, würde es die Herrschaft über eine große Zahl Deutscher antreten. Das ist eine Verletzung des Grundsatzes." Weiter wurde vorgesehen, daß, wenn man den von Italien geforderten Alpenkamm zu militärischen Zwecken zuteilen würde, „Italien den von Deutschen bewohnten nördlichen Teil aber vollkommen autonom lassen müsse und die Bevölkerung nicht zu militärischen Diensten heranziehen" dürfe.

In einer unverzeihlichen Übereiltheit Wilsons gegenüber Orlando wurde dann über das Schicksal des Landes Andreas Hofers leichtfertig verfügt. Als Orlando nämlich Wilson wegen der Stadt Fiume an der Adria zusetzte, rief Wilson: „Ich kann nicht zugeben, daß Fiume an Italien kommt, aber Sie können auf mich wegen der Brennergrenze zählen." Später, schon im Mai 1919, berief sich Wilson darauf, daß seine Zustimmung „auf unzulängliche Kenntnis" zurückzuführen sei.

Die Zusage der italienischen Regierung „gegenüber den neuen Untertanen deutscher Nationalität in bezug auf deren Sprache, Kultur und wirtschaftlichen Interessen eine in weitem Maße liberale Politik zu betreiben", wurde mit Füßen getreten. Das Italienische wurde im deutschen Tirol alleinige Amts- und Verkehrssprache. Die deutschen Beamten wurden durch italienische ersetzt, deutsche Verbände aufgelöst und deutsche Führer verfolgt. Die Namen der Landschaften (Alta Adige für Südtirol), der Orte (Bolzano statt Bozen), Straßen, Gasthäuser, Speisekarten usw. wurden italienisiert. Firmenschilder, Aufschriften auf Postkarten, Hotelwäsche-, Geschirr- und selbst Grabinschriften mußten italienisch sein (bis 30. 11. 29 durchgeführt). Im Schulwesen wurde die deutsche Sprache verboten, die deutsche Presse unterdrückt, den Gemeinden italienische Amtsbürgermeister vorgesetzt. Ebenso wurden die Deutschen auf wirtschaftlichem Gebiet mit Ausnahmegesetzen gegenüber zuziehenden Italienern bedrückt.

Alle Erinnerung daran, daß das Land deutsch ist, soll ausgetilgt werden. So wurde auch in Bozen das deutsche Gefallenendenkmal gesprengt und durch ein italienisches Siegesdenkmal ersetzt, und an Stelle des Standbilds Walters von der Vogelweide das des Germanenbekämpfers Drusus aufgestellt.

III/32. Die Abstimmung in Schleswig: Karte des Abstimmungsgebiets.

Um Deutschland so viel als möglich zu schaden, wurde Dänemark von Paris aufgefordert, Gebietsansprüche geltend zu machen und nach Art. 109 des Versailler Diktats eine Abstimmung in den Grenzzonen festgelegt.

Da man überzeugt war, daß die Städte Tondern, Apenrade und Sonderburg in der 2. Abstimmungszone (s. Bild) deutsch stimmen würden, nahm man diese in die 1. Zone hinein und bestimmte, daß das Gesamtergebnis der Zone maßgebend sei. So waren dann diese deutschen Städte und Gegenden verloren. In der südlichen 2. Zone dagegen, von der man wußte, daß ihr Gesamtergebnis

unbedingt deutsch sein würde, sollte das Abstimmungsergebnis jedes einzelnen Ortes entscheiden. So hofften die Feinde, wenigstens noch das eine oder andere Stück wegnehmen zu können.

Nach einem Wort des deutschen Abstimmungskommissars war der Kampf in der Nordmark „ein Kampf der Satten gegen die Hungrigen, ein Kampf, der Tausende von guten Deutschen in schwerste Konflikte brachte". Die valutastarken Dänen versuchten die Bevölkerung durch Bestechung mit Lebensmitteln, Geld und Versprechen zu gewinnen. Für diesen Zweck wurden allein 50 Millionen Mark verausgabt. Es war auch ein leichtes, die Zukunft Deutschlands und damit die Zukunft jedes einzelnen an Deutschlands Seite schwarz in schwarz zu malen. Dazu wurden nur die gebürtigen Schleswig-Holsteiner und die vor 1900 dort ansässig geworden waren, zur Wahl zugelassen. Das bedeutete, daß z. B. in der Stadt Hadersleben nicht einmal die Hälfte der Bewohner abstimmen durften.

Die Abstimmung in der 1. Zone (am 10. 2. 1920) ergab drei Viertel der Stimmen für Dänemark. In der 2. Zone verfingen alle Drohungen und Lockungen nicht. Selbst das Versprechen, daß man auf die Beschlagnahme der im Flensburger Hafen beheimateten Schiffe verzichten würde, wenn Flensburg zu Dänemark kommen sollte, nützten nichts. Der Abstimmungstag wurde zum Festtag. 80 v. H. stimmten für Deutschland. Trotzdem wurden nach dem Beschluß der internationalen Kommission (vom 28. 5. 1920) Teile der 2. Zone, darunter Gemeinden mit 91 Prozent deutscher Stimmen, von Deutschland losgerissen. Die Absicht war, auch an dieser Grenze die Ungerechtigkeit als Stachel zwischen den beiden Völkern zurückzulassen. Damit sind mit dem verlorenen Land auch gegen 50 000 Deutsche fremder Herrschaft anheimgefallen.

III/33. Die Übergabe der 1. Schleswiger Zone: Ablösung der französischen Besatzung durch dänische Truppen.

Die deutschen Behörden und das deutsche Militär waren nach Inkrafttreten des Versailler Diktats am 10. 1. 1920 durch eine internationale Abstimmungskommission und französische und englische Truppen samt Kriegsschiffen im Hafen von Flensburg ersetzt worden. Die Abstimmungskommission bestand aus den vier Gesandten Frankreichs, Englands, Schwedens und Norwegens mit dem Sitz in Kopenhagen. Auch hier hat sich der französische Vertreter durch besondere Gehässigkeit ausgezeichnet. Im übrigen lebte auch diese Abstimmungskommission mit einem großen Apparat ausländischen Personals samt den Truppen für ihre gegen Deutschland gerichtete Tätigkeit üppig auf deutsche Kosten. Die Gebiete wurden am 15. Juni 1920 den beiden zuständigen Staaten von der internationalen Kommission übergeben. Unser Bild gibt die Übergabe der 1. Zone an Dänemark wieder. Wir sehen links dänisches und rechts französisches Militär, in der Mitte Angehörige der Abstimmungskommission und die Vertreter Dänemarks.

Als später der dänische König in Tondern seinen Einzug hielt, begrüßte ihn der deutsche Abgeordnete im dänischen Reichstag, Pfarrer Schmidt-Wodder, in einem öffentlichen Brief mit den Worten: „Wir hoffen auf den Tag, wo wir neu entscheiden werden über unser staatliches Geschick, frei von dem Zwang der en-bloc-Abstimmung, frei von dem Zwang des Friedensvertrags."

III/34. Die „Abstimmung" in Eupen und Malmedy: Karte.

An der belgischen Grenze wurde auf Grund des Versailler Diktats (Art. 31—40)

1. Luxemburg, das von jeher deutsch war und ist und erst 1866 selbständiger Staat wurde, auch zollpolitisch von Deutschland getrennt,
2. das Gebiet von Moresnet südlich Aachen ohne Abstimmung an Belgien gegeben,
3. bestimmt, daß die Kreise Eupen und Malmedy über ihre Zugehörigkeit selbst entscheiden sollten.

Unter den 60 000 Einwohnern von Eupen-Malmedy sind fünf Sechstel Deutsche und ein Sechstel Wallonen. Während der französisch-englischen Besetzung stimmte im Frühjahr 1919 in dem wallonisch sprechenden Teil um Malmedy in einer freiwilligen Abstimmung aber sogar 85 v. H. für Deutschland. Bei der darauf folgenden belgischen Besetzung im Sommer 1919 wurde das Land sofort unter belgisches Ausnahmegesetz gestellt. Als 435 führende Deutsche vertrieben waren, wurde in den beiden Städten Eupen und Malmedy je eine Liste ausgelegt, in die sich diejenigen eintragen konnten, die es wagten, für Deutschland zu stimmen. Wehe denen, die es wagten! Sie waren vogelfrei. Ehe die Bevölkerung durch Nichteintragung opponierte, hatten es 271 gewagt, sich einzutragen. Diese wurden später bis auf 2 ausgewiesen. Alle Proteste der Bevölkerung wurden unterdrückt oder nicht beantwortet. Auch die der deutschen Regierung waren vollkommen ergebnislos. So wurde das Gebiet, wiederum unter Vertragsbruch, Deutschland geraubt und dazu noch weitere 21 Kilometer Bahnlinie mit 2000 weiteren Einwohnern vom anschließenden deutschen Gebiet, das überhaupt nicht zur Diskussion stand. Dadurch entstanden außerdem nicht weniger als sieben deutsche Enklaven in dem so vergrößerten Belgien.

Für den hemmungslosen Raub dieser Gebiete war sowohl ihr Waldreichtum und die Zinkgruben, als auch seine strategische Bedeutung maßgebend. Vandervelde, der spätere langjährige Minister Belgiens, hat 1925 in der belgischen Kammer gestanden: „Die durch den Friedensvertrag angeordnete Volksbefragung war keine aufrichtige Abstimmung", und einer der Abgeordneten fügte hinzu: „Es bleibt bedauerlich, daß die Regierung es nicht für gut befunden hat, eine ehrliche und ernste Volksabstimmung in Eupen und Malmedy auszuschreiben."

III/35. Im Saargebiet unter der Herrschaft des Völkerbunds: Karte.

„Wenn also Frankreich nicht bekommt, was es wünscht, weigert es sich, mit uns zusammenzuarbeiten. Wünschen Sie, daß ich in diesem Falle nach Hause fahre?" fragte Wilson Clémenceau (am 28. 3. 1919), als dieser von seinem ungerechten Anspruch auf die Saar nicht abließ. Schließlich aber siegte die Hartnäckigkeit Clémenceaus nach Tagen tiefsten Zerwürfnisses dann doch über den damals physisch erschöpften Wilson.

Das Schwindelmanöver mit den 150 000 Saarfranzosen zusammen mit der Denkschrift, die mit den 150 000 falschen Unterschriften der Friedenskonferenz vorgelegt wurde, und die mit den ebenso erlogenen Worten begann: „Das Gebiet, um welches es sich handelt, hat während vieler Jahrhunderte zu Frankreich gehört und ist durch Gewalt von ihm getrennt worden," sollte die eine Begründung geben. In Wirklichkeit hatten sich bei der Volkszählung von 1910 keine 400 Franzosen unter den 777 000 Einwohnern ergeben, die im Jahre 1918 auf weniger als 100 zusammengeschmolzen waren. Der Hinweis auf die im Kriege zerstörten nordfranzösischen Kohlenbergwerke sollte die andere Begründung liefern, obwohl diese nur den hundertsten Teil von dem Wert der Saargruben ausmachten. In Wirklichkeit aber griff das durch einen Teil der Rheinprovinz und der bayerischen Pfalz ergänzte Saargebiet weit über die Kohlenbergwerke hinaus und wurde so gewählt, daß große Industrieanlagen der verschiedensten Art, vor allem Glashütten- und Kalibergwerke und außerdem ausgedehnte Wälder erfaßt wurden.

Im Versailler Diktat wurde festgelegt:

1. die Kohlengruben des Saarlandes samt allen dazu gehörigen Anlagen kommen an Frankreich,
2. die Staatsgewalt geht an den Völkerbund über, der ein Direktorium einsetzt, das aus 1 Franzosen, 1 Saarländer und 3 Völkerbundsmitgliedern besteht,
3. eine Volksabstimmung nach 15 Jahren soll über die Zugehörigkeit des Landes entscheiden,
4. Deutschland verpflichtet sich, im Fall der Abstimmung für Deutschland, die Gruben zurückzukaufen.

Das Direktorium, das bald vollkommen von Frankreich bestimmt wurde, war also unumschränkter Herrscher des Landes. Die Franzosen hofften, daß sie in 15 Jahren ihre erlogenen 150 000 Saarfranzosen beschaffen und das übrige Volk mürbe gemacht hätten. Der Franzose Hervé schrieb in der „Victoire": „15 Jahre lang werden wir die Saarländer bearbeiten, ihnen in jeder Richtung zusetzen, bis wir ihnen eine Liebeserklärung abzwingen." Aber schon im September 1919 kam es zu Unruhen. Proteste wurden erhoben gegen die französischen Militärbehörden, die Ausweisungen, die Kolonialtruppen, die Grußpflicht, die Zwangseinquartierung. Gefordert wurde die Meinungsfreiheit von Presse und Versammlung, Bestrafung des Wuchers, billigere Kohlenlieferungen, Aufhebung der willkürlichen Markfestsetzung und Schutz vor den Gewalttaten der Soldaten.

Drakonische Maßnahmen und Drangsalierungen, Arbeiterentlassungen und Hunger erstickten jeden Notschrei der Bevölkerung. Auch das Saargebiet hat unter den für die Heimat Erschlagenen seinen Nationalhelden. Es ist der aufrechte Bergarbeiter Jakob Johannes, der vollständig unschuldig durch ein französisches Kriegsgericht zum Tode verurteilt und erschossen wurde. Jede vaterländische Regung war verboten und wurde bestraft. Die Verwaltung der Saarbergwerke, die angesichts ihrer Bedeutung für die Beschäftigung der Arbeiterbevölkerung sehr wichtig waren (s. Bild), wurde ein französischer Propaganda-Apparat größten Ausmaßes. Schickten die Bergleute ihre Kinder nicht in die vielen französischen Schulen, die errichtet wurden, so waren sie der Willkür der Verwaltung verfallen. Der französische Wirtschaftsimperialismus wollte sich das Land restlos unterjochen. Der Großindustrielle Robert Röchling aus Völklingen wurde, weil er keine französische Beteiligung an seinem rein deutschen Werk zulassen wollte, nach langer Haft in Amiens zu 10 Jahren Kerker und 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt und erst nach 23 Monaten furchtbarster Einzelhaft und einem ungewöhnlich heftigen Rechtsstreit außer Verfolgung gesetzt.

III/36. Sanktionen: Karte zu den Sanktionen am Rhein.

Die historische Politik Frankreichs, Deutschland zu zertrümmern, wurde am Rhein fortgesetzt. Die Unerfüllbarkeit der Reparationen und die Sanktionsbestimmungen des Versailler Diktats sollten die Machtinstrumente sein, um das Rheinland doch noch vom Reich loszureißen. In diesem Ziel waren sich alle französischen Staatsmänner einig, nur ihre Wege waren verschieden. Poin-

caré und Foch waren immer für sofortige Aktion. Da die Amerikaner und Engländer dies nicht zuließen, stellte Clémenceau seine Politik in Versailles auf weite Sicht ein. „Deutschland wird den Vertrag nicht erfüllen und wir werden am Rhein bleiben," so sagte er.

Die militärische Besetzung sollte nach dem Versailler Diktat nur das Pfand für die Vertragserfüllung sein und hatte keine Befehlsgewalt gegenüber der Bevölkerung. Die Rheinlandkommission des Franzosen Tirard, die die oberste Vertreterin der alliierten Mächte im Rheinland mit dem Sitz in Koblenz war, hatte nur das Recht, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, „soweit" Sicherheit, Bedürfnisse und Unterhalt der Besatzungstruppen in Betracht kamen. Dieses Recht aber wurde mißbraucht zur Unterdrückung des Deutschtums und zur Verbreitung französischen Wesens. Als eine mehrjährige Propaganda an der deutschen Gesinnung der rheinländischen Bevölkerung gescheitert war, griff Frankreich zu brutaleren Mitteln. Jedes freie Wort wurde mit Strafen, Kerker und Ausweisung geahndet und selbst die Briefpost, Telefon und Telegraf kontrolliert. Bei jedem Wort, jeder Gebärde, jeder Haltung lief man Gefahr, die Besatzungsarmee beleidigt zu haben. Alles ließ darauf schließen, daß sich die Franzosen auf Dauer einrichteten.

Daß die Verlängerung oder Wiederholung der Besetzung des Rheinlandes nur eintreten konnte, wenn Deutschland seine Vertragspflichten absichtlich nicht erfüllte, war für die Franzosen kein Hindernis. Die Absicht ließ sich ja immer behaupten. Ebensowenig kümmerte sie, daß wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen nur innerhalb des Hoheitsgebietes der Alliierten gestattet waren, und daß eine Besetzung weiteren deutschen Landes unter gar keinen Umständen nach irgend einem Recht verantwortet werden konnte.

Die Franzosen hatten die Macht und wollten sie gründlich mißbrauchen.

Darum hatten sie auch wider alles Recht (am 8. 3. 21) die Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzt und selbst nach Annahme des unmöglich erfüllbaren Londoner Ultimatums die Städte nicht freigegeben. Die einzige Erklärung, die Briand dafür hatte, war die: „Die Sanktionen sind das wirksamste Mittel, um die Regierung Wirth in Deutschland zu stützen, an deren Bestand Frankreich ein großes Interesse hat." Poincaré aber, der nach seiner achtjährigen Präsidentschaft Frankreichs von 1912—20 im Sommer 1922 Ministerpräsident geworden war, bezeichnete die widerrechtliche Besetzung dieser drei Städte als das „Sprungbrett zum Ruhrgebiet". Und die Pariser Zeitungen brachten die offenbar offizielle Meldung, „daß die geladene Pistole auf die Brust Deutschlands gerichtet bleibe." Diese Politik Frankreichs war, wie in den Zeiten der Vergangenheit, möglich, weil Deutschland sich immerzu alles gefallen ließ. Der deutsche Außenminister zum Beispiel meinte mit Bezug auf die widerrechtliche Besetzung der drei Rheinstädte, es sei „nicht recht, daß wir uns, wenn unsere Vertragsgegner den Vertrag nicht erfüllen, von dem Vertrage losreißen. Man soll nicht immer Böses mit Bösem vergelten."

Auf unserer Karte sehen wir die in den Jahren 1920—25 widerrechtlich neu besetzten Gebiete. Zu den altbesetzten links des Rheines und den Brückenköpfen kommen die Besetzung von Frankfurt am Main (6. 4. 20), die drei Rheinstädte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort (3. 3. 1921), das Ruhrgebiet (am 10. 1. 23), die Rheinhäfen von Emmerich und Wesel (12. 2. 23), die Flaschenhälse zwischen den Brückenköpfen (25. 2. 23), ein Ring von 10—15 Kilometer um die englische Zone gegen Osten, die Häfen von Mannheim und Karlsruhe und die Lokomotivwerkstätte von Darmstadt (3. 3. 1923) und schließlich der Eisenbahnknotenpunkt Limburg a. Lahn im Sommer 1923.

III/37. Die schwarze Schmach: Schwarze Franzosen vor der Hauptwache in Frankfurt a. M.

Die militärische Besetzung des Rheinlandes bestand aus rund 100 000 Franzosen, 30 000 Belgiern, 10 000 Engländern und 3000 Amerikanern. Unter den französischen Truppen waren 20—30 000 Farbige aus Afrika und Hinterindien. Die Verwendung dieser Farbigen war eine gewollte Demütigung für die deutsche Nation. Sie wurde bei der feindseligen Stimmung und der Gewalttätigkeit der Besatzung zur furchtbarsten Geisel des Rheinlands, zur „Schwarzen Schmach". Gemeine Schandtaten waren an der Tagesordnung, vor allem Überfälle, Sittlichkeitsverbrechen, Raub und Mord. „Zum Zwecke der äußersten Beschimpfung der Besiegten sind in dem Besatzungsheer die Vertreter der niedrigsten Rassen," sagt der Italiener Nitti und fügt hinzu: „So waren und sind die gebildetsten Städte Europas unter der Gewalt der Neger, die die größten Verbrechen begangen haben."

Auch als die Franzosen am 6. April 1920 das friedlich schlafende Frankfurt während der Nacht mit aller militärischen Vorsicht umzingelten und mit großer Heeresmacht „eroberten", wurden schwarze Bataillone verwendet. Unser Bild gibt einige dieser Eindringlinge vor der Hauptwache, dem Mittelpunkt der Stadt, wieder. Als die Frankfurter die dort aufgestellten schwarzen Posten, die mit Maschinengewehren versehen waren, neugierig umstanden, gaben diese plötzlich Maschinengewehrfeuer und richteten ein Blutbad unter der Bevölkerung an.

Der verantwortliche französische General Mordacq aber gab folgende Schilderung: „Da die Polizei Widerstandsgelüste zeigte" (— wie konnte sie nur gegen eine kriegsstarke Division —!), „ließ ich sie sogleich entwaffnen. Tags darauf stürzte sich auf einem Platze die deutsche Volksmenge auf eine algerische Wache, so daß diese das Maschinengewehr in Tätigkeit setzen mußte. 100 bis 150 Deutsche wurden getötet oder verwundet. Diese Lehre brachte vollkommene Ruhe, so daß die Bevölkerung bis zum Ende der Besetzung nicht mehr rückfällig wurde. Haben sie die Macht vor Augen, so beugen sich die Deutschen immer." — Wir aber sind der Meinung, daß Monsieur Mordacq vor den paar Schupomännern Angst hatte und wissen, daß auch der übrige Bericht der Wahrheit nicht entspricht.

III/38. Die Zollsanktionen 1921: Der Zollstrick (französische Karikatur).

Wie sich die Franzosen den wirtschaftlichen Zweck der Besetzung dachten, zeigt das uns vorliegende Bild. Es ist einer Pariser Zeitung (vom 28. Januar 1923) entnommen und zur Aufklärung über die Ruhrbesetzung von deutscher Seite in vorliegender Form verwendet worden. Es lautet: (s. Bild). Diese Methode traf natürlich auch für die ganze Besatzungszeit auf alle von den Franzosen besetzten Gebiete zu.

Gleich nach der Besetzung gingen die Franzosen daran, das Rheinland auch wirtschaftlich zu erobern. Im Art. 270 des Versailler Diktats hatten sich die Alliierten eine eigene Zollordnung für das von ihnen besetzte Gebiet vorbehalten, um, wie es hieß, „die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete zu wahren". Diese edle Gesinnung wirkte so, daß zusammen mit der rechtswidrigen Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort im März 1921 die Beschlagnahme der Zölle an der Westgrenze des besetzten Gebiets durch die Alliierten erfolgte und so die Zölle geplündert und Strafzölle

erhoben wurden. Damit riß die Rheinland-Kommission, das heißt ihr Vorsitzender, der Franzose Tirard, der auf deutsche Kosten in Koblenz vornehm residierte, ein neues Stück der deutschen Staatsgewalt widerrechtlich an sich und tat damit einen weiteren Schritt zur Abtrennung der Rheinlande. Der starke Warenverkehr zwischen dem besetzten und dem übrigen Deutschland mußte so zugunsten der Franzosen besonders verzollt werden.

Noch durch ein zweites Beispiel möge die edle Absicht des Artikels 270 erläutert sein. In der Zeit der Inflation war es notwendig, die Ein- und Ausfuhr vieler Waren einer Genehmigung zu unterwerfen. Einmal, um nicht unnötig Devisen zu verausgaben und dadurch den deutschen Markt zu belasten, zum andern, um Deutschland bei dem hohen Devisenstand des ausländischen Geldes nicht um ein Nichts ausverkaufen zu lassen („Loch im Westen!"). Die Franzosen aber hatten ein entgegengesetztes Interesse. So brachten die französischen Maßnahmen auf zollpolitischem Gebiet nicht nur ungeheure Verluste, sondern auch eine gewaltige wirtschaftliche Behinderung.

Mit der ebenso rechtswidrigen Besetzung des Ruhrgebiets, des wirtschaftlichen Kraftzentrums Deutschlands, sollte der Strick um den Hals des deutschen Volkes zugezogen werden.

III/39. Der Schauplatz: Karte zum Ruhreinbruch.

Trotz größter Not im eigenen Lande erfüllte die deutsche Regierung Wirth mit einem Eifer, der todbringend war. Immer noch wollte diese Regierung durch Erfüllung das Vertrauen Frankreichs gewinnen. Aber als Deutschland ausgeplündert war und um Zahlungsaufschub bitten mußte, wurden in Frankreich die Stimmen stärker, die vom „bösen Willen Deutschlands" sprachen und die Besetzung der Ruhr forderten, dieser „Rüstkammer Deutschlands", wie sie sagten, und der Quelle seines Reichtums (s. Karte).

Inzwischen war auch England vom Fluch von Versailles erfaßt worden, es hatte bereits zwei Millionen Arbeitslose. Lloyd George strebte deshalb eine Stundung der Tribute an und versuchte in Cannes, Genua und auf anderen Konferenzen bereits im Jahre 1922 eine neue Wirtschaftsgrundlage für Europa herbeizuführen. Aber alle Versuche scheiterten an Poincaré. Als Deutschland auch die in Cannes festgesetzten Zehntagesrationen von 31 Millionen Goldmark nicht mehr aufbringen konnte und Wechsel anbot, kam die Reparationskommission zum drittenmal nach Berlin, um nachzusehen, was noch zu holen war.

Poincaré kam seinem Ziel immer näher. Wie 1914, so wollte er auch jetzt die imperialistische Politik der französischen Großindustrie und der Generale in die Tat umsetzen. „Poincaré la guerre" wurde „Poincaré la Ruhr" „Mir für mein Teil würde es wehe tun, wenn Deutschland zahlte. Ich ziehe die Besetzung und die Eroberung dem Geldeinstreichen und Reparieren vor," hatte er im Sommer 1922 erklärt. Jetzt konnte man in den französischen Zeitungen aller Schattierungen lesen, daß zum linksrheinischen Deutschland auch Westfalen gehöre. Die Action Française hob auf Elsaß-Lothringen ab und meinte: „Länder deutscher Rasse und Sprache haben wir an uns gezogen und allmählich sind sie von dem französischen Geist und Herzen mitgerissen worden. Warum sollten andere Länder der gleichen Rasse und Sprache nicht eine ähnliche Anpassung verspüren?" Bis in die Reihen der französischen Sozialisten war man derselben Meinung. Wenn Poincaré nicht schon 1922 das Ruhrgebiet besetzte, so nur, weil er hoffte, noch Englands Einverständnis zu erhalten. Gegen Ende des Jahres war es so weit. England brauchte Frankreichs guten

Willen wieder im Orient. Der Operationsplan, den Marschall Foch schon im Frühjahr 1919 ausgearbeitet hatte, konnte jetzt Wirklichkeit werden. Alles war bis ins einzelne vorbereitet.

Poincaré rief jetzt den Reparationsausschuß an. Am 26. Dezember 1922 stellte dieser, dessen Vorsitz der Franzose Barthou hatte, mit den drei Stimmen Frankreichs, Belgiens und Italiens gegen die Stimme Englands fest, daß Deutschland seinen Verpflichtungen vorsätzlich nicht nachgekommen sei. Es handelte sich um einen Rückstand an Pflastersteinen, Schotter und Stickstoff, und außerdem an Holz und Kohle (20 000 Kubikmeter Schnittholz, 130 000 Telegraphenstangen und 1,5 Millionen Tonnen Kohle gegenüber 12,1 Millionen Tonnen gelieferter Kohle). Schon lange hatte die deutsche Regierung auf die Unmöglichkeit hingewiesen, die gewünschten Mengen terminmäßig zu liefern, und sich selbst erbeten, Kohle für Frankreich in England zu kaufen. Frankreich hatte zudem gelegentlich deutsche Kohlen als nicht vollwertig genug zurückgewiesen und die Einfuhr deutschen Holzes verhindert. Gegenüber den Gesamtleistungen im Jahr 1922 in Höhe von 1480 Millionen Goldmark handelte es sich alles in allem um einen Wert von 24 Millionen, die die deutsche Regierung bis 1. April 1923 nachzuliefern oder zu bezahlen versprach. Außerdem arbeitete die deutsche Regierung einen vierten Einigungsvorschlag aus, Poincaré aber verweigerte sogar seine Annahme. Er wollte das Ruhrgebiet besetzen (s. Karte).

III/40. Der Einmarsch der feindlichen Truppen: Franzosen in Essen.

Wenige Stunden, nachdem Poincaré der deutschen Botschaft in Paris die Ankunft seiner „friedlichen Mission von Beamten und Ingenieuren“ hatte ankündigen lassen, brachen die längst bereitgehaltenen Truppen in der Nacht zum 11. Januar 1923 im unbesetzten Deutschland ein. Sie zogen schwer bewaffnet gegen ein Land, das nicht von einem einzigen Soldaten verteidigt wurde, mit Unmengen von Kavallerie, Artillerie, Maschinengewehren, Infanterie und Flugzeugen. Kanonen wurden auf den höchsten Ruhrbergen in Stellung gebracht. Im großen Umkreis wurde Essen umzingelt. Gegen 2 Uhr mittags waren die militärischen Operationen soweit gediehen, daß der Marsch ins Zentrum der Stadt erfolgen konnte. Die Spitze der Truppen wurde von Panzerautomobilen gebildet. Auf unserem Bild sehen wir sie eben am Bahnhof vorbei in die Stadt einfahren. Es ist, als wollte Frankreich den Deutschen seine volle kriegerische Stärke zeigen.

Die Zuschauer scheinen sich wenig imponieren zu lassen. So mancher von ihnen hat den Krieg mitgemacht und dann haben sie in den furchtbaren vier Nachkriegsjahren genug erfahren, um die Franzosen zu kennen. Arbeiter und Unternehmer, alle sind sich einig. In vielen Versammlungen war schon seit Tagen die Parole laut geworden: „Wir arbeiten nicht unter Bajonetten.“ Während die führenden Männer des Kohlenbergbaus schon am Abend des 9. Januar ihre Registraturen nach Hamburg bringen ließen, faßten zur selben Zeit die Gewerkschaften Kundgebungen, in denen sie ihrem Abwehrwillen den stärksten Ausdruck verliehen. Die Eisenbahner andererseits beschlossen in voller Einmütigkeit, dem Machthunger der Franzosen mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Am Abend vor dem Einmarsch waren überall abends noch einmal große Versammlungen abgehalten worden. Turmhoch hatten noch einmal die Wellen der Empörung und Begeisterung geschlagen. Noch nie waren in einer Nacht soviel vaterländische Lieder zum Himmel gestiegen. Und selbst am Abend des Einmarsches kam es wiederum zu lebhaften Gegendemonstrationen. Hunderte und Tausende zogen durch die Straßen und sangen sich ihre Empörung vom Herzen. Es wurde der Besatzung klar, daß das rheinisch-westfälische Volk nicht willens war, alles hinzunehmen.

III/41. Die Machthaber: Französische Generäle im besetzten Ruhrgebiet.

Am Morgen nach dem Einmarsch war durch Anschlag bekanntgegeben, daß der Belagerungszustand verhängt war. Damit nahmen die militärischen Befehlshaber, obwohl sie wie Räuber in das Land einbrachen, die oberste Befehlsgewalt für sich in Anspruch. Um die Arbeiterschaft zu gewinnen, wurden, wie es in dem Anschlag hieß, die „Sozial- und Arbeitsgesetze und der Achtstundentag" garantiert. Den Behörden gegenüber, denen die Eindringlinge rechtlich ebenso wenig zu sagen hatten, war die Sprache schon eine andere: „Sie haben sich den Anordnungen zu fügen, die von seiten der Militärgewalt an sie ergehen," hieß es. Bei Verstößen wurden das Militärgericht, Gefängnis und Geldstrafen in Aussicht gestellt.

Auf unserem Bild sehen wir einige der neuen Machthaber. Die Offiziere tragen Siegermienen zur Schau und spielen ohne Gewissensbisse die großen Herren. Überall suchen sie sich, herunter bis zu den Unteroffizieren, die besten Bürgerquartiere aus. Der Stellvertreter des Oberbefehlshabers, Degoutte, der in Düsseldorf residiert, hat sich gleich in der Villa Hügel bei der Familie Krupp einquartiert. Die hier in unserem Bilde haben sich im ersten Hotel Essens, dem Kaiserhof, niedergelassen. In Essen, Bochum, Dortmund und anderen Städten wurden Divisionsquartiere aufgeschlagen.

Der Offizier rechts auf unserem Bild ist der General Denvignes. Er ist Oberdelegierter für die deutsche Zivilverwaltung, d. h. er maßt sich im Namen Frankreichs das oberste Kommando über die deutsche Verwaltung im Einbruchsgebiet an.

Bei einer Konferenz im Essener Rathaus am 12. Januar, an der dieser General mit Mitgliedern der sogenannten Ingenieurkommission und die Vertreter der Ruhrindustrie und der Regierung teilnahmen, erklärte ihm Regierungspräsident Dr. Grützner klar heraus: die Befehlsgewalt über Eisenbahnen, Schiffsverkehr, Post- und Telegrafenwesen komme der Reichsregierung zu und diese lasse keine Reparationen an Frankreich und Belgien mehr liefern.

Daraufhin wurden die Zechenbesitzer und Arbeitervertreter auf den 15. Januar nach Düsseldorf geladen. Dort diktierte dieser General den Zechenbesitzern, daß sie vom nächsten Morgen ab die Versendung von Kohlen wieder aufzunehmen hätten. Gegenüber den Protesten der Zechenbesitzer verweigerte er jede Stellungnahme mit dem Bemerken: „Wir haben nur Befehle zu geben, aber keine Erklärungen entgegenzunehmen". Da der General die unumstößlichen Einwendungen nicht entgegennahm, wurde ihm dann schriftlich bekanntgegeben, daß der Reichskommissar die Lieferung von Brennstoff an Frankreich und Belgien unter Androhung von Gefängnisstrafen verboten habe, daß diese Stellungnahme sich in Einklang mit allen Abkommen des Reichs und mit den Regeln des Völkerrechts befinde, und daß sie sich zu einer ehrlosen Handlung gegen ihr Vaterland nicht zwingen lassen. — Als der General die Aufforderung gab, „die Herren Arbeiter" eintreten zu lassen, waren sie nicht mehr da. Sie waren nicht gewillt gewesen, lange zu warten und ließen sich erst aus einem nahegelegenen Gasthaus holen, soweit sie überhaupt gekommen waren. Es wurde versucht, sie zu ködern und die Reichs-

regierung und die Industriellen gegen sie auszuspielen. Aber auch sie lehnten die Aufforderung zum offenen Landesverrat grundsätzlich ab und waren entschlossen, sich der brutalen Gewalt nicht zu beugen.

III/42. **Passiver Widerstand: Eine typische Straßenszene im besetzten Gebiet.**

Vom ersten Tage des Einmarsches an war sich Poincaré klar, daß er sich in seinen Erwartungen getäuscht hatte. Entgegen ihrem Verhalten bei der Besetzung der drei Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, hatte das Reich diesmal (am 12. 1. 23) seine Botschafter in Paris und Brüssel abberufen und angekündigt, daß alle Reparationslieferungen eingestellt und verboten sind.

Außerdem wurden den Zechen jede Lieferung von Reparationskohle auch gegen Bezahlung (11. und 14. 1. 23) und den Beamten und Arbeitern der Reichsbahn jede Beförderung von Kohlen nach Frankreich und Belgien verboten (19. 1. 23). Alle Beamten des ganzen besetzten Gebiets aber wurden angewiesen (19. 1. 23), den Besatzungsmächten keine Folge zu geben und sich ausschließlich an die Anweisungen der eigenen Regierung zu halten. Daß die Bevölkerung selbst willens war, alle Zumutungen abzulehnen, hatte sich bereits gezeigt.

Nun beschloß Poincaré, sein Ziel mit Gewalt durchzusetzen und sich ein entwaffnetes, wehrloses Volk mit militärischer Brutalität gefügig zu machen.

Zum Zeichen der Trauer und Entrüstung ruhte am 15. Januar im ganzen Gebiet eine Zeitlang die Arbeit. Die Geschäfte hatten geschlossen, die Schaufenster waren verhängt. Jeder Verkehr stockte, die Glocken verkündeten die Trauer des Landes. Wütend versuchten die fremden Offiziere, die Reitpeitsche in der Hand, die ruhig stehenden Fußgänger weiterzutreiben und die Wagen zum Weiterfahren zu zwingen. Mancher Mißhandelte hielt nur an sich in dem Gedanken an die ausgegebene Mahnung: „Bleibt besonnen! Laßt Euch nicht zu Gewalttätigkeiten hinreißen!“

Immer herausfordernder wurden die Eindringlinge, immer furchtbarer ihr Terror. Das steigerte die Wut der Bevölkerung. Geschäfte und Gaststätten weigerten sich schließlich, Franzosen zu bedienen. Daraufhin nahmen sich diese meist ohne Bezahlung selbst die Waren, worauf die Inhaber die Geschäfte schlossen. Viele Einwohner wagten sich schon nicht mehr auf die Straßen. Szenen wie die, die unser Bild wiedergibt, waren an der Tagesordnung. Was soll der friedliche alte Mann, der vom verlassenen Essener Bahnhof kommt, verbrochen haben? Er weiß es sicher selbst nicht. Aber was wird sein Schicksal sein? Vielleicht so furchtbar wie das unzähliger anderer.

III/43. **Massenausweisungen: Von Haus und Hof verjagt.**

Schon früher hatten sich im altbesetzten Gebiet die Franzosen rechtswidrige Ausweisungen angemaßt. Jetzt häuften sich auch dort die Ausweisungsbefehle wie im neubesetzten Gebiet. Zunächst gegen die Beamten, welche die Mitwirkung an den produktiven Pfändern verweigerten, namentlich also gegen Zoll-, Forst-, Eisenbahn- und Postbeamte. Ein besonders erbitterter Kampf wurde gegen die Schutzpolizei geführt. Um sie zu demütigen, wurde von ihr verlangt, die französischen und belgischen Offiziere zu grüßen, während die deutschen Behörden den Gruß verboten. Wegen der Verweigerung des Grußes wurden viele tapfere Schupoleute entsetzlich mißhandelt und dann ausgewiesen. In Essen z. B. wurde die gesamte Schupo, nachdem ihre Leitung bereits am 16. Januar beseitigt war, am 19. Februar endgültig entwaffnet und am 25. Fe-

bruar ausgewiesen. Mit der Zeit war das ganze Einbruchsgebiet weithin seiner Beamtenschaft beraubt. Von Haus und Hof verjagt, zogen sie, so wie unser Bild es zeigt, den Landstraßen entlang ins unbesetzte Deutschland.

Sehr bald wurden auch die Spitzen der Verwaltung ausgewiesen. Die Regierungspräsidenten, Landräte und Bürgermeister wurden dadurch provoziert, daß man von ihnen die Veröffentlichungen der Anordnungen der Eindringlinge und andere Maßnahmen zu ihren Gunsten verlangte, um sie bei der selbstverständlichen Ablehnung dann in der Gewalt zu haben. Viele wurden wegen Gehorsamsverweigerung vor ein Kriegsgericht gestellt und verurteilt, andere aus demselben Grunde ausgewiesen. Ihren Nachfolgern erging es ebenso. So waren allmählich weithin keine Berufsbeamten mehr vorhanden. Überhaupt wurden systematisch allmählich alle Personen verjagt, die durch ihren Einfluß und ihr Beispiel der Entdeutschungs- und Loslösungspolitik im Wege standen. Die französische Justiz erhielt wöchentlich ihre Weisungen und arbeitete im übrigen ganz willkürlich. Anfang September war die Rheinlandkommission so weit, im links- wie im rechtsrheinischen Gebiet die Verwaltungshoheit zu übernehmen.

III/44. Massenausweisungen: Vertriebene Eisenbahnerfamilien.

Die Eisenbahner hatten im Abwehrkampf eine besonders wichtige Aufgabe zu erfüllen. Von Anfang an ließen sie den Eindringlingen keinen Zweifel über ihre Einstellung. Ja, sie hielten den Franzosen vor, daß wenn 10 500 der besten Lokomotiven, 20 000 Personenwagen und 32 500 Güterwagen abgeliefert seien, bei den Reparationslieferungen nicht alles wie am Schnürchen klappen könnte. Die Franzosen boten trotzdem alles auf, um die Mitwirkung der deutschen Eisenbahner zu gewinnen und boten ihnen lockende Verdienste. Aber alle Liebesmüh war umsonst.

Da legten die Franzosen eine Reihe von Bahnhöfen still. Aber die deutschen Eisenbahner fanden in den dichten komplizierten Gleisbahnen immer wieder einen Ausweg. Noch in letzter Stunde brachten sie unter dem Feuer von französischen Maschinengewehren Lokomotiven ins unbesetzte Deutschland. Andere machten sie unbrauchbar. Erst am 30. Januar, als der Widerstand schon längst tausendfach erprobt war, verbot der Reichsverkehrsminister jede Abfertigung von Transportzügen nach Frankreich und Belgien und jede Zusammenarbeit mit französischem und belgischem Eisenbahnpersonal. Unter den schwierigsten Verhältnissen hielten die deutschen Eisenbahner, vor allem im Interesse der Lebensmittelversorgung, aus. Überall gab es Zusammenstöße, Mißhandlungen, aber die deutschen Eisenbahner blieben aufrecht.

Wie die übrigen Beamten, mußten auch die deutschen Eisenbahner fortgesetzt Massenausweisungen über sich ergehen lassen. Die Ausweisung trat sofort in Kraft. Nur bis zu 60 Kilogramm Gepäck waren erlaubt. So wurden auch Frauen und Kinder, Greise und Kranke heimat- und mittellos über die Grenze gejagt. Wir sehen auf unserem Bild eine solche Schar ausgewiesener Eisenbahnerfamilien. Im unbesetzten Deutschland aber herrschte größte Not, so daß Unterbringung und Unterhaltung recht schwierig waren.

Auch das altbesetzte Gebiet wurde hart davon betroffen. Ganze Siedlungen von Hunderten von Eisenbahnerfamilien wurden für französische Ersatzleute rücksichtslos geräumt, oft aber auch ganze Haushalte einfach beschlagnahmt, schrecklich zugerichtet und selbst Möbel und Fußböden verbrannt.

III/45. Die Pfänderpolitik: Der Kohlenraub der Franzosen.

Bis zum 31. August 1922 hatte Deutschland 50 Millionen Tonnen Kohlen an Tributen geliefert. Das waren im Tag 154 Züge von je 170 Meter Länge. Im letzten Jahr waren es sogar 1 Million Tonnen monatlich, für die u. a.

11 500 deutsche Bergleute in voller Arbeit fronen mußten. Frankreich brauchte zwar diese unentgeltlich gelieferten Kohlenmengen nicht. Da sie aber nur zu halbem Weltmarktpreis auf Reparationskonto angerechnet wurden, hatte bis dahin auch die französische Industrie und der französische Handel noch 1¾ Milliarden daran verdient. Bis nach Japan wurden diese Kohlen verkauft, die dem deutschen Volke fehlten. Deshalb hatte auch Frankreich nie genug davon bekommen können.

Nun wollte sich Frankreich die Kohlen selbst holen und noch andere Güter dazu. Zu diesem Zweck traf es bereits am 18. Januar folgende Beschlagnahmen für das gesamte besetzte Gebiet:

1. Die bisher vom Reich erhobene Kohlensteuer in Höhe von 40 % des Werts.
2. Alle Zölle, sowie die Einkünfte der Ein- und Ausfuhrgenehmigung aller Waren. Das betraf über die Hälfte aller beweglichen Güter Deutschlands. Damit konnte Frankreich die Industrie Deutschlands lahmlegen und das besetzte Gebiet nach seinen eigenen wirtschaftlichen Bedürfnissen verwalten.
3. Die Einkünfte aus den Länder- und Gemeindeforsten und den Weinbau-Domänen.

Diese Plünderungen hatte Poincaré geglaubt, mit Hilfe der deutschen Behörden durchführen zu können. Aber diesmal war es anders gekommen. Das ganze deutsche Volk fühlte, daß es jetzt ums Ganze ging. Es glaubte zwar nicht verhindern zu können, daß die Feinde in die Wohnungen, die Amtsgebäude, die Kontore, die Fabriken und Zechen eindrangen, aber es lehnte einmütig ab, an der Ausplünderung Deutschlands im geringsten mitzuhelfen. Auch Waffengewalt half nichts.

Keine Hand rührte sich für die Einbrecher. Wurden die Direktoren verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt, so erklärten sich die Arbeiter solidarisch. Die Feinde mußten sich die Kohlen und den Koks, die sie haben wollten, selbst holen und wegfahren. Zu diesem Zweck beschlagnahmten sie die gesamten Vorräte in Zechen und Kokereien. Dabei gab es viele Zerstörungen und vor allem Zusammenstöße, insbesondere weil sich die Feinde um den deutschen Fahrplan und die Eisenbahnsignale nicht kümmerten. Den Abtransport eines Kohlenzuges durch die Feinde gibt unser Bild wieder. Für nichtbezahlte Kohlensteuer wurde der ganze Industriekonzern, zu dem die Zechen gehörten, haftbar gemacht und für so viel Roh-, Halb- und Fertigfabrikate geraubt und aus dem Lande geschleppt, als die Summe betrug. Die deutsche Industrie im unbesetzten und besetzten Gebiet aber mußte sich englische Kohle kommen lassen, um überhaupt arbeiten zu können.

Trotz aller Gewalt aber waren die Franzosen weit davon entfernt, soviel rauben zu können, als sie früher an Tributen freiwillig geliefert bekommen hatten. Die Einnahmen an Zöllen, Ein- und Ausfuhrbewilligungen deckten nicht einmal die Kosten des notwendigen Besatzungsapparates. Die Feinde verschleuderten zwar auch unsere Wälder am Stamm und die Weinvorräte der Domänen an zumeist ausländische Schieber und schädigten Deutschland dadurch schwer, legten ihre Hand auf die Tabak- und Weinsteuer, plünderten Fabrikbetriebe aus wie die badischen Anilin- und Sodawerke, raubten die Kassen des Reichs und der Banken aus, brachen in die Tresors mit Diebsgeräten ein, kamen aber trotz allem nicht auf die erhoffte Rechnung.

III/46. **Schreckensherrschaft: Der entblößte Körper eines von französischen Soldaten Mißhandelten.**

Die Drangsale der Bevölkerung stiegen von Tag zu Tag. Hungrig und verarmt, mußte sie zusehen, wie ihnen die Besatzung mit ihren hochwertigen Devisen die letzten Lebensmittel und Waren wegkaufte, wie sie requirierte, mißhandelte und verhaftete. In Recklinghausen drohte der französische General, er werde dafür sorgen, daß ihm die Bevölkerung noch zu Füßen liege. Das Ergebnis seiner Brutalität waren in zwei Tagen (7./8. 2. 23) neben vielen Hunderten von Mißhandlungen nicht weniger als 78 schwerste Fälle. Fußtritte und Faustschläge, Peitsche und Kolben regierten überall, gemein, niedrig, bestialisch, sadistisch.

Ein Beispiel von vielen haben wir vor uns. Es ist der zerschlagene Rücken des Kaufmanns Lachmann aus Bochum, auf dem der Arzt 72 blutunterlaufene, durchschnittlich 30 Zentimeter lange Striemen festgestellt hat. Am 5. März 1923 eilte er ins Geschäft und wurde unterwegs von einem Offizier verhaftet. Auf die Frage nach dem Grund, bekam er die Reitpeitsche ins Gesicht. Als er sich verteidigen wollte, wurde er von Soldaten niedergeschlagen und nach der Realschule II verschleppt. Dort schlug der Offizier auf ihn ein und spuckte ihm mehrmals ins Gesicht. Dann wurde er in einen Keller hinuntergestoßen, in dem 15 Personen halbnackt und mit zerrissenen, blutbefleckten Kleidern lagen, die Gesichter geschwollen, blauschwarz und blutig. Lachmann mußte sich entkleiden, seine Brieftasche wurde weggenommen, seine Papiere verbrannt, sein Trauring vom Finger gezogen und geraubt. Völlig nackt wurde er mit gespreizten Beinen und Armen an einen Lattenverschlag festgebunden. Ein Offizier und zwei andere Soldaten kamen. Die Peitsche sauste erbarmungslos auf den Gefesselten, bis er das Bewußtsein verlor. Dann wurde er zurückgeschleppt und in den Keller auf den Boden geworfen. Später erhielt er Hemd, Hose und einen Schuh zurück. Schon drei Tage lagen die anderen Zerschlagenen im eigenen und fremden Kot, sie durften sich nicht erheben. „Um 6 Uhr wirst du deutsches Schwein erschossen!" raunte ihm einer der Blaugrauen zu. Lachmann riß sich zusammen, sann auf Flucht, bat den Posten im Namen der Gefangenen, sich vom Kot befreien und die Notdurft ordnungsgemäß verrichten zu dürfen. Er hatte ausnahmsweise Glück. Als Lachmann zusammen mit anderen im Hof sich reinigen durfte, entkam er.

„Die Behandlung der verhafteten Deutschen in den Gefängnissen gemahnt an die Zeit des Dreißigjährigen Krieges," sagte der deutsche Reichskanzler Cuno im Reichstag. Und der niederländische Dichter C. P. Rossen, der während des Kriegs Deutschland befehdete, schrieb jetzt: „In Frankreich hatten wir das ideale Menschentum, im Osten die Kinder des Teufels gefunden. Wir hatten die Franzosen als ritterliche Figuren in den großen modernen Roman eingeführt. Wie oft haben wir nicht gesagt: wenn sie erst Sieger sind, wird sich zeigen, wie ein wahrhaft kultureller Sieger sich zu benehmen versteht. Sie sind es inzwischen geworden, sie zogen in friedliches Land und konnten der Welt ein prächtiges Vorbild von Ritterlichkeit und Humanität geben. Und das Resultat? Daß die Besatzungsgeschichte zum Himmel schreit, daß der Ruf des edlen und hochherzigen Frankreich ins Land der Fabel zu verweisen ist, daß sie recht zu siegen verstanden, aber den Sieg nicht würdig zu tragen wußten. Denn was hier in Deutschland geschieht, ist einfach schrecklich."

III/47. **Schreckensherrschaft: Begräbnis der Essener Opfer.**

Am Ostersamstag richteten die Franzosen in Essen ein Blutbad an. Nach einem englischen Berichterstatter (Gedye) war die Sachlage folgende: „Eine Kommission, begleitet von einem Offizier und einer Maschinengewehr-Abteilung von elf Mann, war in die Kruppwerke entsandt worden, um eine Reihe Automobile zu beschlagnahmen. Wie stets, wenn Franzosen Werke betreten, heulte auf Grund einer Vereinbarung zwischen Direktorium und Gewerkschaften die Fabriksirene auf als Signal für die Niederlegung der Arbeit. Die Belegschaft ergoß sich in schwarzem Strom in die enge Straße zwischen zwei Blocks von Fabrikgebäuden. Dampf von Feldbahnlokomotiven quoll auf und stand in Schwaden zwischen Franzosen und Deutschen. Die Franzosen warteten. Sie sahen die ungeheure Masse der Arbeiter, die sich immer zu vergrößern schien. Der schon nicht mehr junge französische Subalternoffizier, der die Abteilung befehligte, wurde immer nervöser, verlor schließlich den Kopf und befahl zu feuern. Ein großer Teil seiner Opfer erhielt Schüsse in den Rücken. Kein einziges Mitglied seiner Abteilung trug auch nur die leichtesten Verletzungen davon. 13 Arbeiter wurden getötet oder tödlich verletzt, 15 weitere schwer und 30 leicht verletzt."

Soweit der englische Bericht. Bei der Totenfeier marschierten 70 000 Angehörige der Kruppwerke neben und hinter den Särgen ihrer Arbeitskameraden aus den Toren an den rauchenden Fanalen über dem Eingang vorbei, wie es unser Bild zeigt. Auf dem Militärfriedhof wurden die Opfer beigesetzt. Auch sie waren, wie Krupp von Bohlen in seinen Abschiedsworten sagte, „für Deutschlands Freiheit und Ehre gestorben".

III/48. **Schreckensherrschaft: Krupp vor dem französischen Kriegsgericht.**

Die Schuld am Massenmord in Essen liegt klar zutage. Um sie von sich abzuwälzen und der öffentlichen Meinung zuvorzukommen, begann aber die französische Regierung und Presse sofort mit der Aufstellung erfundener Behauptungen und der Verhaftung von vier Krupp-Direktoren. Die Proteste der deutschen Regierung und der Antrag, einen unparteiischen, internationalen Untersuchungsausschuß einzusetzen, wurden mit weiteren Verhaftungen, auch der Krupps von Bohlen selbst, beantwortet. Einige Tage vor Beginn des Prozesses (4.—8. 5. 23) wurde der verantwortliche Leutnant von Oberbefehlshaber Degoutte öffentlich belobt. Das diesem unterstellte französische Kriegsgericht wußte, was es zu tun hatte.

Auf „Komplott gegen die Besatzungsarmee und Störung der öffentlichen Ordnung" lautete der Antrag. Unser Bild gibt die Verhandlungsszene wieder. Vor dem Richtertisch steht Krupp von Bohlen. „Ein Meisterwerk naiver Verlogenheit" nannte ein englischer Berichterstatter (im Manchester Guardian) die französische Darstellung. Obwohl nach dem Urteil eines andern Berichterstatters „nicht die Spur eines Beweises gegen die Direktion erbracht werden konnte", wurden die 10 Angeklagten zu 145 Jahren Gefängnis und 850 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Auch auf Krupp fielen 15 Jahre. Während der Verhandlung hatten die Franzosen einen dreifachen militärischen Gürtel um die Stadt Werden, in der die Verhandlung stattfand, gezogen, ein so schlechtes Gewissen hatten sie vor der möglichen deutschen Empörung.

III/49. Deutscher Heldengeist: Albert Leo Schlageter.

Am Tage nach dem Urteil über die Krupp-Direktoren maßten sich die Franzosen an, ein Todesurteil über einen deutschen Helden zu fällen, der sein ganzes Leben dem Vaterland geweiht hatte, über Albert Leo Schlageter.

Es war immer klarer geworden, daß das System des passiven Widerstandes einem solchen Feind gegenüber nicht zum Ziele führen konnte. Aber die Männer, die damals in Deutschland tonangebend waren, erkannten nicht, was Adolf Hitler damals (4. April 1923) predigte: „In der Bibel steht: was nicht heiß oder kalt ist, will ich ausspeien aus meinem Munde." Und am 4. Mai 1923: „Selbst Reichskanzler Cuno aber war der Meinung, daß der Ruhreinbruch aus wirtschaftlichem Grunde unternommen sei und griff deshalb zum passiven Widerstand. Der passive Widerstand aber hat nur einen Sinn, wenn sich hinter ihm ein aktiver, nationaler Widerstand aufbaut." Wie recht Adolf Hitler hatte, zeigt folgendes Beispiel: Als die Düsseldorfer Feuerwehr einmal mit scharfem Geläut über die Rheinbrücke kam, glaubte die linksrheinische feindliche Brückenwache, daß deutsches Militär im Stahlhelm anrücke, warf die Waffen weg und die Hände hoch und wollte sich der Feuerwehr ergeben. — Vor dem deutschen Widerstandswillen, dem sie Unmögliches zutrauten, hatten die Feinde ungeheure Furcht. Gegen Wehrlose aber spielten sie die haßgeschwollenen Sadisten.

Der beste Teil der deutschen Jugend dachte so wie Adolf Hitler. Überall hatten die Freiwilligen selbstlos für das Vaterland gekämpft, oft unter Verfolgung durch die eigene Regierung. Jetzt traten sie einzeln auch im Ruhrgebiet auf, um zu retten, was noch zu retten war. Kanalschleusen und Schienen wurden gesprengt, um die völlige Ausraubung Deutschlands zu verhindern. Wie unheimlich wurde es da den fremden Räubern! Wie zitterten sie! Aber es gab auch viel Verrat und die marxistisch-preußische Regierung selbst ging gegen diese Freiheitskämpfer vor und verfolgte einen Schlageter durch öffentlichen Steckbrief. So wurde er mit einigen Freunden von den Franzosen verhaftet. In unzähligen Verhören wurden sie grauenhaft mißhandelt, was nachher von den gemeinen Menschenschindern vor dem französischen Kriegsgericht unter Eid einfach weggelogen wurde. Schlageter übernahm stolz die Verantwortung für das, was er getan hatte. Er wurde zum Tode verurteilt. Nach dem Urteilsspruch schrieb er seinen Eltern: „Von 1914 bis heute habe ich aus Liebe und reiner Treue meine ganze Kraft und Arbeit meiner deutschen Heimat geopfert. Wo sie in Not war, zog es mich hin, um zu helfen. Das letztemal hat mir gestern mein Todesurteil gebracht. Mit Ruhe habe ich es vernommen, ruhig wird mich die Kugel treffen. Habe ich doch alles, was ich tat, nur in bester Absicht ausgeführt."

Das Urteil erweckte in der ganzen Welt Entrüstung. Die deutsche Regierung, das internationale Rote Kreuz, der Papst, der Erzbischof von Berlin, die Königin von Schweden erhoben Einspruch. Nur Schlageter selbst lehnte ab, um Gnade zu bitten. Poincaré wurde sogar gemeldet, daß Schlageter einst unter wiederholter eigener Lebensgefahr 13 Franzosen das Leben rettete, aber er brauchte diesen Mord, um die nötigen Ruhrkredite von seiner Kammer zu bekommen. So mußte Schlageter sterben.

Im Morgengrauen des 26. Mai wurde der deutsche Held in einem Steinbruch bei Düsseldorf an einen Pfahl gebunden. Aufrecht wollte er sterben, aber brutal trat ihm ein Franzose von hinten in die Kniekehle, so daß er niedersank. Und während Schlageter sich hoch bäumte, ertönte das Kommando — und Schlageter war nicht mehr.

III/50. **Deutscher Heldengeist: Schlageter-Denkmal auf der Golzheimer Heide.**

Schlageters Leib konnte der Feind töten, aber sein Geist lebte weiter in denen, die mit Adolf Hitler an die Wiedergeburt Deutschlands glaubten. Die Stätte seines Todes wurde zum Heiligtum für die deutsche Nation. Solange es Deutsche gibt, die diesen Namen verdienen, werden sie in alle Ewigkeit an dieser Gedenkstätte Kraft schöpfen für Deutschlands Zukunft.

Heute wissen wir, daß Schlageters Märtyrertod für die geistige Wiederaufrichtung unseres Volkes mehr geleistet hat, als die Reden in allen deutschen Parlamenten in den 14 Jahren deutscher Schmachzeit zusammen. Selbst der die Anklage gegen Schlageter vertretende französische Staatsanwalt hat sich zu folgenden Worten bekannt: „Es ist unmöglich, daß ein Mann so tapfer und so heldenhaft stirbt, wie dieser deutsche Offizier, wenn nicht sein Handeln, das ihn zum Tode geführt hat, von edelster, uneigennütziger Vaterlandsliebe diktiert wurde."

III/50a. **Die Separatistenaufstände: Der Schauplatz der Kämpfe (Karte).**

Im Sommer 1923 lag der passive Widerstand in den letzten Zügen. Millionen war fast jede Lebensmöglichkeit genommen. Im Juni (15.) triumphierte der französische Matin, „Deutschland sei jetzt an der Gurgel gepackt und man könne es schon röcheln hören". Anfang Juli (2.) wurde jeder Verkehr zwischen dem besetzten Gebiet und dem freien Teil Deutschlands völlig unterbunden.

Jetzt, nachdem das besetzte Gebiet vom Reich im Stiche gelassen war, wollte Frankreich sein Ziel unbedingt erreichen. Schon vor der Unterzeichnung des Versailler Diktats hatten französische Generale versucht, mit Hilfe von Landesverrätern, die dem katholischen Zentrum angehörten, und von sogenannten Separatisten wie Dorten und Haas das Rheinland und die Pfalz von Deutschland loszureißen. Dieser erste Versuch war aber an der Haltung der amerikanischen Besatzung gescheitert. Aber auch jetzt wieder waren Führer des Zentrums mit am Werke. Und auch die Separatisten, dieses übelste Gesindel von überallher, wurden wieder dazu verwendet, die „freie Errichtung einer rheinischen Republik" vorzutäuschen. Dadurch wollte Frankreich die Anerkennung seiner Maßnahmen auch durch die anderen Ententestaaten durchsetzen. Mit französischen Geldern und Waffen versehen, erschienen die Separatisten unter dem Schutz der Franzosen in allen großen Städten, besetzten die Regierungsgebäude und die Rathäuser und riefen die rheinische Republik aus, während die deutsche Polizei lahmgelegt, entwaffnet und ausgewiesen wurde, soweit sie noch vorhanden war. Bezeichnend ist, daß in dem von den Engländern besetzten Gebiet von dem Spuk nicht das geringste zu merken war, obwohl auch dort Männer des Zentrums, an der Spitze der Oberbürgermeister Adenauer von Köln, auf den Plan getreten waren, um das Rheinland, wie es hieß, „vorübergehend" abzutrennen. Unser Bild zeigt die Hauptorte der separatistischen Tätigkeit und ihre Abwehr durch die rheinische Bevölkerung (s. Karte).

III/51. Die Landesverräter: Im Hauptquartier der Separatisten.

Die eigentliche Befehlsgewalt über die Söldlinge der Separatisten lag in den Händen von Matthes, den wir mit einem Trupp seiner Banden im Bilde vor uns haben. Er stammt aus Würzburg in Bayern, wurde Revolverjournalist und 1920 „aus Gründen der Reinlichkeit" aus der SPD. ausgeschlossen. Um einer längeren Freiheitsstrafe zu entgehen, floh er in das besetzte Gebiet und bot General Degoutte seine Dienste an. In einem Brief, den er an diesen schrieb, heißt es: „Herr General Degoutte, das rheinische unverpreußte Volk sieht ein, daß Sie am Rhein und Ruhr nur Ihre Pflicht tun. Es gibt Deutsche, übrigens auch Franzosen, welche meinen, Sie hätten eher eine zu milde als zu strenge Hand, weil preußische Perfidie nicht hart genug angefaßt werden kann." Für seine Schurkendienste wurde Matthes glänzend bezahlt. Seine Begleiter waren ebenso unwürdige Subjekte. Der zu seiner Rechten, ein Kommunist im Hauptberuf, nannte sich jetzt „kommandierender Generalstabschef". Jeder dieser Söldlinge hatte Anspruch auf freie Verpflegung, 2 Franken Sold im Tag, Verheiratete 5 Franken mehr. Dieser Abschaum trug eine grün-weiß-rote Armbinde. Grün-weiß-rot war auch die Fahne dieser Verbrecher.

Am 1. Oktober wurde von den Seperatistenhorden die „Rheinische Republik" ausgerufen und eine 16köpfige Regierung mit dem Sitz in Koblenz unter den Fittichen der Rheinlandkommission gegründet. Alsbald wurden diese französischen Söldlinge von Herrn Tirard als rechtmäßige Regierungs-Instanzen anerkannt. Die Lage war schließlich so, daß selbst Stresemann und Luther dem Plan einer „zeitlichen Ablösung des Landes an Rhein und Ruhr" (Luther) nicht mehr entgegentraten, da man „am Ende seiner Kraft sei und Deutschland die riesenhaften Summen für die Millionen Erwerbslosen des besetzten Gebiets nicht mehr aufbringen könne" (Stresemann).

III/52. Die Separatistenputsche im Herbst 1923: Das Rathaus in Aachen nach den Separatistenkämpfen.

In letzter Stunde erhob sich das rheinische Volk gegen die unsagbare Tyrannei der separatistischen Verräter. Hinter den Volkserhebungen stand eine Abwehrfront weniger tatkräftiger deutscher Männer unter der anonymen Führung des Kärntners Steinacher. Diese Abwehrfront war von Köln aus zellenartig über das ganze Gebiet ausgebaut worden. Sie stützte sich auf die preußischen Regierungsstellen. Ihr Ziel lag zwischen der passiven und aktiven Methode. Sie wollte vor allem die minderwertigen Elemente niederhalten und den Widerstand der Bevölkerung gegen die Separatisten organisieren.

Ein anschauliches Bild der Verhältnisse geben die Ereignisse in Aachen. Dort hatten am frühen Morgen des 21. Oktober, einem Sonntag, neu angekommene Separatistenhaufen die wichtigsten öffentlichen Gebäude besetzt. Der Leiter der Abwehr-Organisation eilte von Köln aus herbei, rief die verantwortlichen Führer der Stadt in einem Nonnenkloster zusammen und verlangte eine Kundgebung der Bevölkerung auf den Straßen, ohne Waffen und Blutvergießen. Die Mehrheit lehnte jedoch ab, Oberbürgermeister und Polizei waren zum Unterhandeln mit den Separatisten bereit. Dramatische Auseinandersetzungen folgten. Der Abwehrleiter setzte einen neuen Polizeipräsidenten aus der Bürgerschaft ein. In einer Versammlung der Führer der Parteien und Gewerkschaften, sowie der versprengten Mitglieder der Regierung wurde der sofortige

Druck von kleinen Flugzetteln beschlossen, die den Sitz der rechtmäßigen Regierung im Polizeipräsidium bekannt gaben und zu einer Kundgebung am Nachmittag des 22. aufforderten. Überwältigende Menschenmassen strömten zusammen. Das Deutschlandlied schwoll auf. Das separatistische Hauptquartier wurde gestürmt. Die Separatisten flohen zu den Dachluken hinaus, die Menschen hinterher. Mit orkanartiger Gewalt tobte der Sturm die ganze Nacht. Die namenlose Volksmasse fegte das Gesindel hinweg.

Am 1. November aber wurden von der französischen Regiebahn verstärkte Separatistenhorden angefahren. Sie nahmen mit Hilfe ihrer überlegenen Zahl und Bewaffnung das durch deutsche Polizei tapfer verteidigte Rathaus. Im Rathaus selbst hausten sie fürchterlich. Selbst die weltberühmten Fresken Rethels über Karl den Großen dienten ihnen als Zielscheibe. Unser Bild zeigt das Rathaus nach dem Kampf.

Nachdem das Volk sich deutlich gegen den Separatismus gewehrt hatte, meldeten sich nun endlich auch die Engländer gegen die rheinische „Revolver-Republik". Der Grund war, nach den Worten des englischen Botschafters in Berlin, Lord d'Abernon, der: „weil Frankreich nur dann auf ein freundliches England rechnen kann, wenn es den Kontinent nicht ganz beherrscht". Auf Einschreiten des englischen Konsuls wurden nun die Separatisten in Aachen unter Bewachung der Belgier nach dem Bahnhof abgeschoben. Aus den letzten Reihen der Separatisten wurde dauernd auf die nachfolgende Bevölkerung geschossen. Dieser aber gelang es schließlich, vier von ihnen abzudrängen und zu lynchen. Vier vorher unschuldig erschossene Polizeibeamte waren gerächt.

III/53. „Requirierungen": Separatistischer Requisitionsschein.

Wo immer die Separatisten erschienen, herrschte Gewalt. „Requirierend", plündernd, sengend und mordend zogen sie durch das Land. Im besten Falle gaben sie für genommenes Gut einen wertlosen Requisitionsschein. Der uns vorliegende, der vom „Hauptquartier" ausgestellt ist, lautet: (s. Bild).

Überall wurde gestohlen und geraubt. Auf Lastautos fuhren diese Banden durch die Städte, drangen in die Läden und holten sich, was immer sie brauchen konnten. Auf dem Lande wurden notfalls Türen und Fenster des verschlossenen Hauses eingeschlagen, Frau und Kinder bedroht, Geld und Wertsachen geraubt, die besten Kleider fortgenommen und das Vieh weggetrieben. Aber die Bauern im Siebengebirge, in der Haardt und in der Eifel standen auf, scharten sich zusammen und lieferten den Horden mit Gewehren, Revolvern und Dreschflegeln blutige Schlachten. Hunderte wurden erschlagen, ehe Franzosen oder Belgier ihnen zu Hilfe kommen konnten. So wurde das Land befreit.

III/54. Verbrechen: Separatisten ermorden deutschen Schutzmann unter den Augen französischer Kavallerie.

Besonders Schweres hatte während dieser ganzen Zeit die Polizei durchzumachen. Auch hier ein Beispiel von vielen.

Bei Gelegenheit eines Aufmarsches von Tausenden von Separatisten, die mit Sonderzügen von den Franzosen von überall her unentgeltlich nach Düsseldorf gebracht wurden, maßte sich der französische Kommandant an anzuordnen, daß nur die paar Leute der städtischen blauen Polizei an diesem Tage den Dienst in den Straßen versehen, die Schupo aber nur mit seiner Genehmigung eingreifen dürfe.

Als dann Angehörige der blauen Polizei angegriffen, verwundet und zum Teil getötet worden waren, ging ein Teil der Schupo auf die Straße, erhielt

aber von den Separatisten sofort Feuer. Nachdem sie ihre drei Verwundeten weggeschafft hatte, ging die Schupo vor und jagte die Separatisten zum Bahnhof, wobei es 10 Tote gab, unter denen 3 Schupoleute waren. Nun aber griff französisches Militär ein, entwaffnete die deutsche Polizei und lieferte sie so den nun wieder vorgehenden Separatisten aus, die über sie herfielen und viele furchtbar zurichteten und erschlugen. Inzwischen waren auch die in der Stadt zerstreuten Polizeiposten von den Franzosen entwaffnet und den Separatisten ausgeliefert worden.

Ein grauenvolles Vorkommnis unter vielen hält unser Bild fest. Ein Augenzeuge berichtet hierüber: „Geführt von einem Dutzend Separatisten, ritten 20 französische Kavalleristen an einen Polizisten heran, der in der Nähe des Breidenbacher Hofes auf Posten stand, und entwaffneten ihn. Als das geschehen war, wandten sich die Separatisten gegen den wehrlosen Mann und schlugen ihn mit Knüppeln und Bleiröhren zu Tode. Der dem Tod geweihte Polizist begrub sein Gesicht in seinen Armen und sank zu Boden. Die französische Kavallerie hielt ihre Pferde an und sah ruhig zu, während die 20 oder mehr Schläge geführt wurden, die nötig waren, um ihn zu töten!"

Damit aber nicht genug, kehrten die Franzosen auch jetzt wieder den Stiel um und verhafteten einen Teil der Polizei wegen Störung der öffentlichen Ordnung. Drei Monate später wurden dann vor einem französischen Kriegsgericht 5 höhere Polizeioffiziere und 18 Polizeibeamte, die alle nur ihre Pflicht getan hatten, zu insgesamt 80 Jahren Zuchthaus verurteilt.

III/55. Das Volk steht auf: Das brennende Bezirksamt in Pirmasens.

An dem Widerstand der rheinischen Bevölkerung, dem Einspruch der Engländer, den Gegensätzen zwischen den Separatisten Matthes und Dorten und dem Ausbleiben der französischen Gelder brach der Verrat allmählich zusammen. Die „vorläufige Regierung" wurde von Matthes selbst aufgelöst. Er stellte schließlich selbst „Unehrlichkeit, Unfähigkeit, Materialismus, Selbstsucht, Unmoral, Korruption an allen Ecken und Enden" unter seinesgleichen fest.

In der Pfalz verkündete der dort kommandierende französische General de Metz: „Und wenn die ganze Pfalz sich in einen Aschenhaufen verwandelt, so wird sie dennoch autonom werden." Nachdem es auf anderem Wege nicht ging, ließ er am 5. November die Separatistenhorden auf die Pfalz los. Diese bemächtigten sich unter dem Schutze der Franzosen, wenn auch nicht ohne Kämpfe mit der Bevölkerung, der Städte. De Metz nahm sie unter seinen Schutz und erklärte, daß alles, was gegen die Separatisten unternommen werde, sich auch gegen die Besatzungsbehörde richte.

Bereits am 12. November wurde dann von Speyer aus die „Autonome Republik der Pfalz" proklamiert. Der Landwirt Heinz aus Orbis bezeichnete sich als ihr Präsident. Die rechtmäßige Regierung wurde gefangen gesetzt, der Selbstschutz und die Polizei entwaffnet, Beamte durch Parteigänger ersetzt, Geld- und Freiheitsstrafen verhängt und das Zusammensein von mehr als drei Personen als Zusammenrottung bestraft.

Der unerträgliche Terror in der Pfalz konnte nur wieder durch Gewalt beseitigt werden. Am 9. Januar 1924 wurde die Tat ausgeführt, die man in der Pfalz den „Tellschuß von Speyer" nennt. Diese Tat wurde ausgeführt

von jungen Leuten, die über den Rhein gekommen waren, an ihrer Spitze ein deutscher Student aus dem Baltenland. Der Verräter Heinz und einige seiner Spießgesellen wurden im Speisesaal eines Hotels erschossen. De Metz nannte den Verräter bei der Beerdigung „den wahren Freund Frankreichs".

In Pirmasens aber erhob sich nun die verzweifelte Bevölkerung. Als sie den Abzug der Separatisten verlangte, verschanzten sich diese im Bezirksamt und schossen einige Bürger ohne weiteres nieder. Nun wurden die Sturmglocken geläutet, die Männer bewaffneten sich. Unter viel Gefahr gelang es, das Haus in Brand zu stecken. 16 der Separatisten wurden erschlagen. Aber auch die Bevölkerung hatte 6 Tote und viele Verletzte. Die Franzosen rächten sich zwar, aber die Welt war jetzt aufmerksam geworden, und England wurde wegen einer Untersuchung der Verhältnisse in Frankreich vorstellig.

So kam am 15. Februar zwischen einer französisch-englischen Untersuchungskommission und Vertretern der Pfalz ein Abkommen zustande, das den Separatistenspuk beseitigte und die Leitung des Landes wieder der rechtsmäßigen Regierung übergab.

Rhein und Ruhr waren trotz des schmählichen Verzichts einer von der politischen Linken bestimmten Regierung gerettet durch die Vaterlandsliebe des größten Teils der rheinischen Bevölkerung, vor allem aber der aktivistischen Gruppen jugendlicher Helden aus ganz Deutschland. Während die mit den Novemberverbrechern belastete Regierung aus parteipolitischen Gründen an dem widersinnigen Verständigungsfanatismus festhielt, hatte sich dieser Teil des deutschen Volkes selbst sein Lebensrecht erkämpft.

III/56. Das Absinken der deutschen Währung: Der Dollarkurs 1914—1922.

Alle Ereignisse und Schicksale des deutschen Volkes in der Nachkriegszeit standen unter dem Druck der fortdauernden Not und des Absinkens der deutschen Währung. Ein Bild hierüber gibt der Vergleich des Wertes des Dollars und der deutschen Mark (s. Bild).

Die Gründe für diese Entwertung waren die Revolution, ein Anschwellen der Löhne bei sinkender Produktion, Ausschaltung der Akkordarbeit, das Tarifsystem (Erklärung!) und der Achtstundentag. Allein letzterer erhöhte die Kosten der deutschen Wirtschaftsproduktion um viele Milliarden. Dazu kamen von 1919 bis 1922 nicht weniger als 20 000 Streiks. Ungeheuerlich waren ferner die Verluste durch den Waffenstillstand und das Versailler Diktat. Durch den Verlust unseres Außenhandels insbesondere hatten wir bis Ende 1923 einen Einfuhrüberschuß von 14 Milliarden Goldmark. Die erforderlichen Devisen wurden ebenfalls durch gesteigerten Notendruck besorgt.

Die Absprünge des Jahres 1922 sind im wesentlichen durch die Annahme des Londoner Ultimatums und die Erfüllungspolitik eingetreten. Dazu kamen die Besatzungskosten und auch gewissenlose Spekulation mit der Mark an den Börsen des Auslands, sowie der Ausverkauf Deutschlands für einen kleinen Bruchteil des Wertes der Waren, da die Preise in Deutschland weit hinter der Entwertung der Mark im Ausland lagen. Das deutsche Volk arbeitete — es war eine Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur — aber es verdiente nichts und verschleuderte mit seinem Arbeitsertrag sein letztes Gut, das die Unternehmer mit der sich immer weiter entwertenden Papiermark immer weniger ersetzen konnten.

III/57. Die Nutznießer der Not: Ostjüdische Einwanderer.

In dieser Zeit der größten Not des deutschen Volkes fühlten sich die Juden in ihrem Element.

Seitdem sie in den Jahren 1812 und 1869 fast völlige Gleichberechtigung in Deutschland erlangt hatten — der getaufte Jude vollkommen —, war in Deutschland allmählich eine völlige Verjudung des öffentlichen Lebens eingetreten. Auch der Bismarcksche Staat wurde unter Wilhelm II. jüdisch durchsetzt. Während des Kriegs wurde am Zusammenbruch Deutschlands fieberhaft gearbeitet und die Novemberrepublik als eigener Sieg gebucht. „Jetzt sind die Juden ganz oben, jetzt sind wir die Herren! Unsere glühenden Träume sind erfüllt," schrieb der österreichische Kriegsminister „Deutsch", ein Jude, einige Tage nach der Revolution. Nun zogen sie in die höchsten Reichs- und Landesbehörden ein und bestimmten unheilvoll das Geschick des deutschen Volkes. Kein Gebiet des öffentlichen Lebens gab es, wo das Judentum nicht herrschte. Und zwar in dem Sinne, den der jüdische Schriftsteller Bernhard von der Voß'schen Zeitung dem jüdischen Berliner Tagblatt zuschrieb: „Es hat sich immer bemüht, dem deutschen Volk sein Vaterland und den Glauben an die deutsche Kraft und deutsche Ehrlichkeit zu verekeln."

Besonders verhängnisvoll wurde die Judenherrschaft in Deutschland dadurch, daß in den Jahren des Niederbruchs und der Inflation sich immer neue Ströme von Ostjuden aus Polen und Galizien nach Deutschand ergossen. Unser Bild gibt eine Gruppe dieser waschechten Orientalen wieder. Zu welchem Zwecke sie gekommen sind, sieht man ihnen an. Während Hunderttausende von Deutschen ohne Nahrung und Wohnung waren, lebten in Berlin allein 300 000 Ausländer, vor allem Ostjuden, die vielfach rasch eingebürgert wurden. Ins Land gelassen wurden alle. Selbst denen, die ohne Paß kamen, durften nach einem Erlaß des jüdischen Innenministers in Preußen vom 1. November 1919 keine Schwierigkeiten gemacht werden, sondern es mußten ihnen vielmehr Papiere nach ihren Angaben ausgestellt werden.

Die ehrlichsten Deutschen verarmten und gingen zugrunde, die schmarotzerischen Ostjuden aber zogen mit Hilfe ihres unehrlichen Schiebergenies und dem Beistand ihrer bodenständigen Rassegenossen aus dem deutschen Volkskörper die letzte Kraft.

III/58. Immer noch Lebensmittelkarten: Anstehen nach Fleischmarken 1922.

Noch im Jahre 1922 brütete der Hunger über Deutschland. Immer noch wurde rationiert. Immer noch waren die Lebensmittelmarken nicht verschwunden. Immer noch standen die Menschen in Reihen an, um ihren Anteil an Fleisch zugeteilt zu erhalten. Einen solchen Augenblick hält unser Bild fest.

Nach einer Denkschrift des Statistischen Reichsamts betrug der Fleischkonsum im Jahre 1922 nur die Hälfte von dem von 1913. Ähnlich war es mit dem Verbrauch von Milch und Butter, und selbst der Verbrauch an Brotgetreide war noch um 27 v. H. geringer als 1913.

III/59. Der Bankerott unseres Geldes: Dollarkurs und Brotpreise 1923.

Die völlige Entwertung des deutschen Geldes brachte der Ruhrkrieg. Zu all den bisherigen Übeln kam der Zusammenbruch der Wirtschaft infolge Rohstoffmangel auch in der Heimat, der Ausfall an Steuern, die Unterstützung von 3 Millionen Arbeitslosen bzw. Feiernden im besetzten Gebiet und 1,5 Millionen Arbeitslosen in der unbesetzten Heimat und die Wegnahme alles erreichbaren Geldes und Gutes durch die Franzosen.

Vom Januar 1921 bis November 1923 sank der Wert der Mark, wie auf unserem Bild hervorgeht, noch um das 500millionenfache. Vor allem vom

September 1923 ab, als die Regierung den Kampf um die Ruhr aufgab, setzte ein wahnsinniges Tempo ein (s. Bild). Die Steigerung des Preises für einen Laib Brot zeigt uns diese Entwicklung noch über die Stabilisierung des Dollars mit 4,2 Billionen Mark hinaus bis zum Ende des Jahres, vor allem, weil niemand mehr in Deutschland das eigene, wertlose Geld annehmen wollte.

Von jeher hat sich die Frage erhoben, warum die Inflation nicht früher abgestoppt wurde. Die Antwort muß lauten: Wären nicht Kräfte am Werke gewesen, die ein Interesse an diesem völligen Bankerott der Mark gehabt hätten, so wäre es nie so weit gekommen. Internationales Judentum und jüdische Denkungsart waren es vor allem, die diese Entwicklung wollten, da in keiner Zeit größere und leichtere Geschäfte gemacht werden konnten, als in dieser. Es war das Ziel der Groß- und Kleinschieber, die Zeit der „Raffke", für die zügellose Profitgier alles bedeutet. Aber auch die Reichsbank begünstigte diesen Betrug am deutschen Volke. Einmal, indem sie Riesenkredite gab, die dann entwertet wieder zurückbezahlt wurden, und dann, indem sie an Unternehmer und Händler für den Kauf von Rohstoffen im Ausland oft das Vielfache der notwendigen Devisen abgab. Im August 1923 zum Beispiel wurden für 100 Millionen Goldmark Devisen angefordert, obwohl nur ein Bedarf von 15 Millionen vorlag. Viele der Bedachten aber ließen den Erlös für ihre Ware im Ausland, statt ihn der Nation wieder zur Verfügung zu stellen, und sicherten sich so ein Vermögen, das zugleich dem Zugriff der Steuerbehörde entrückt war. Dem Betrug am deutschen Volk trat die damalige Reichsregierung nicht entgegen, da sie selbst weithin unter jüdischem Einfluß stand und durch den Gedanken gewonnen wurde, auf diese Weise die 120 Milliarden Kriegsanleihen ohne Rückzahlung loszuwerden.

III/60. Der Bankerott unseres Geldes: Banknoten aus der Inflationszeit.

Die Banknoten aus der Inflationszeit zeigen uns, in welchem Wahnsinnstempo sich das Geld, das das deutsche Volk in Händen hatte, entwertete. Die 500-Millionen-Note stellte am 1. September, d. h. dem Tage ihres Erscheinens, ganze 22.65 Mark dar und sank in weniger als 3 Monaten auf $^1/_{20}$ Goldpfennig. Der wertlos gewordene 1000-Markschein wurde einfach in eine Milliarden-Note umgestempelt und kam so ein zweitesmal in Umlauf. Der 50-Milliardenschein sieht schon einfacher aus als die früheren Noten, da die Zeit zur Ausgabe drängte. Im übrigen hat er an seinem Erscheinungstag auch nur 3.36 Goldmark Kaufwert. Der Augsburger Schein, der auf 1 Billion Mark lautet, schrumpft binnen weniger als einem Monat von 67.20 GM. auf 1 GM. zusammen.

Nicht weniger als 30 große Papierfabriken waren nötig, um schließlich das Notenpapier herzustellen, und nicht weniger als 133 private Druckereien waren außer der Reichsdruckerei noch beschäftigt, um die Banknoten zu drucken. Und das deutsche Volk hatte doch kein Geld, mit dem es etwas kaufen konnte. Das deutsche Volk arbeitete zwar emsig, aber seine Arbeit wurde nur mit Pfennigen entlohnt, trotz der hohen Ziffern, die auf den Scheinen standen. Und wenn man diese nicht rasch ausgab, wurden sie wertlos. Man war Millionär und Milliardär und starb dabei Hungers.

III/61. Der Bankerott unseres Geldes: Postkarte und Brief mit Freimarken aus der Inflationszeit.

Ähnlich wie mit den Banknoten war es mit den Briefmarken. Immer erneut mußte man berechnen, mit welchen Summen eine Postkarte oder ein Brief beklebt werden mußte. Immer rascher waren sie beim Erscheinen bereits entwertet. In den uns vorliegenden Beispielen ist die Karte mit 8000 Mark und der Brief gar mit 100 Milliarden Mark frankiert.

III/62. Der Bankerott unseres Geldes: Die Preise im November 1923.

Die Warenpreise im Kleinverkauf richteten sich von einem bestimmten Zeitpunkt an schließlich nach dem neuesten Dollarkurs. Großhändler rechneten eine entsprechende Entwertung ein. Das Preisverzeichnis, das uns vorliegt, stammt aus der Woche nach der Stabilisierung der Mark auf 1 Billionstel ihres Wertes. Wir sehen das leicht daran, daß das Telefongespräch am Ort (s. letzte Reihe des Verzeichnisses) statt 10 Pfennig 100 Milliarden Mark kostet. Die Preise sind für eine ganze Woche angegeben, da der Wert der Mark ja jetzt feststehen sollte. Es kosteten (s. Bild):

III/63. Not ohne Ende: Vor einer Notküche in der Inflationszeit.

Grauenvoll ist die Not unter den alten Leuten, die von einer kleinen, sich der Markzahl nach gleichbleibenden Rente oder von dem kleinen Vermögen leben sollten, das sie in harter Arbeit oft während eines ganzen Lebens sich erspart hatten und das jetzt wertlos geworden war. Wenn sie nicht verhungern sollten, mußte für diese Leute, wenn auch dürftig genug, gesorgt werden. Auf unserem Bilde sehen wir in den Hof einer alten Mietskaserne in Berlin, wo eine Notküche untergebracht ist, die Graupensuppe kostenlos verteilt.

III/64. Not ohne Ende: Studenten in Not vor der Mensa.

Abgesehen von den Besitzern von einträglichen Substanzwerten, den Bauern, den Großverdienern und Schiebern, war fast das ganze deutsche Volk bis zur Nacktheit verarmt. Auch die Geschäftsleute mußten sehr aufpassen, wenn sie imstande sein wollten, die abgesetzten Waren wieder einzukaufen. Die Lohn- und Gehaltsempfänger lebten dürftig genug von der Hand in den Mund und die selbständigen Geistesarbeiter und Künstler waren noch schlimmer daran. Es war eine Zeit, in der Kulturwerte wenig und die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse alles bedeutete. Wo waren da die Eltern, die ihre Söhne studieren lassen konnten? Da mußte sich die Jugend schon selber helfen. Und sie tat's. Sie gründete eine Schicksalsgemeinschaft und stand zusammen. Unser Bild zeigt Studenten einer Hochschule, die darauf warten, einen Platz am gemeinsamen billigen Mittagstisch (= mensa) zu erhalten. Des Anstehens durfte man nicht überdrüssig werden. Wurden die Suppen zu dünn, so mußte man mit dem Handwagen hinaus aufs Land, um Kartoffeln und was immer sonst womöglich kostenlos zu bekommen. Und die meisten Bauern verstanden das furchtbare Los der anderen.

III/65. Not ohne Ende: Frauen des Mittelstandes verkaufen ihren Besitz.

Immer allgemeiner war die Jagd nach den Festwerten und Devisen geworden. Aber es gab auch solche, die aus dem Besitz des wenigen, was sie an Substanzwerten besaßen, flüchten mußten in die schwindende Mark, um wenigstens leben zu können. Geblieben waren meist nur die persönlichen Habseligkeiten und der Hausrat. So wurden denn diese Stück um Stück veräußert.

Zu diesem Zweck bildete sich eine Selbsthilfe. In einem leerstehenden Raum wurden die Waren, die dort zugleich taxiert wurden, ausgestellt und von Frauen des Mittelstandes kostenlos feilgeboten. In unserem Bild sehen wir einen Teil einer solchen Mittelstandsnothilfe, die in einem Saal des Herren-

hauses in Berlin untergebracht war. In einem solchen Kramladen fand sich alles, vom wertvollsten Familienbesitz bis zum letzten Stück des Hausrats. Und schließlich fand in dieser Zeit des Mangels alles seinen Käufer. Da bis zum Schluß der Inflation Mark = Mark gerechnet wurde, blieben diejenigen, die ihr Brot nicht mehr verdienen konnten, auch in Zukunft bettelarm. Für sie bestand die Einrichtung der ‚Mittelstandsnothilfe' noch viele Jahre weiter.

III/66. **Not ohne Ende: Frauen bestürmen einen Kartoffeltransport.**

Hohlwangig gingen die Menschen an ihre Arbeit. Die meisten erreichten nicht das Normalgewicht. Auch das Kinderelend wurde immer größer. Bis zur Hälfte waren auch die Schulkinder unterernährt. Bei einer Kundgebung der deutschen Ärzte wurde schon im Dezember 1922 festgestellt: „Jetzt steigt die Sterblichkeit wieder. Die schreckliche Lage unserer Kinder wird noch unterstützt durch die Kleider- und Wäschenot, durch die Wohnungs- und Heizungsnot."

Überall herrschte Warenmangel. Teils waren sie schwer zu beschaffen, teils wurden sie zurückgehalten, teils hatten die Geschäftsinhaber den Wettlauf mit der Entwertung der Mark aufgegeben. Besonders auf dem Lebensmittelmarkt herrschte große Not. Strebte eine Fuhre Kartoffeln dem Markt zu, so kam sie oft nicht weit, da sie, wie unser Bild zeigt, von Hunderten umringt wurde. Schutzleute waren dann nötig, um die Anarchie hintan zu halten und dafür zu sorgen, daß möglichst viele wenigstens etwas bekamen. Doch bald war der Wagen leer und die Jagd begann von neuem. Wer seine Papierscheine behielt, hatte morgen einen leeren Tisch und entwertetes Geld.

III/67. **Not ohne Ende: Hungrige sammeln Gemüseabfälle vor der Markthalle.**

In dieser Zeit der großen Not und der für viele noch größeren Teuerung verdarb nichts. Überall wurde versucht, noch etwas Eßbares herauszuholen. Auf unserem Bilde sehen wir Männer eifrig bei der Sammlung von Gemüseabfällen. Jedes Blatt wird untersucht, ob es noch verwendungsfähig ist.

III/68. **Unruhen: Teurungsunruhen in Dresden, Juni 1923.**

In der Zeit der Inflation schüttelte Entsetzen das deutsche Volk. In fast allen Städten des Reichs brachen blutige Teurungs- und Plünderungskrawalle aus, die fast den ganzen Oktober und November über andauerten. Lebensmittelläden, Bäckereien, Metzgereien, Warenhäuser, Fabriken und Villen, Dörfer und Felder wurden geplündert. Bei den Zusammenstößen mit der Polizei gab es fortwährend Tote und Verwundete auf beiden Seiten. Selbst Polizeiwachen wurden gestürmt. Diese Verzweiflungsausbrüche entsprangen bei vielen nur dem Drang, sich mit allen Mitteln gegen den Untergang zu wehren. Die Kommunisten jedoch benützten diese Zeitumstände, um die Revolution gründlich vorwärts zu treiben.

Sachsen und Thüringen sollten zu Keimzellen der Räteherrschaft werden. In Sachsen versuchte vor allem der radikalsozialistische Ministerpräsident Zeigner, den Bürgerkrieg heraufzubeschwören. Er hetzte gegen die Reichswehr, verlangte den Rücktritt des Reichswehrministers, bewaffnete rote Hundertschaften und förderte Kundgebungen der Erwerbslosen, Streikenden und Hungernden. Eine solche Kundgebung vom Juni 1923 in Dresden haben wir in unserem Bilde vor uns. Ende September war die Reichsregierung gezwungen,

den Ausnahmezustand über Sachsen zu verhängen. Zeigner antwortete damit, daß er zusammen mit den Kommunisten eine „Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung" bildete. Seine wohlbewaffneten proletarischen Hundertschaften bildeten „Kontrollausschüsse", die das Land tyrannisierten und plünderten. Unter dem Druck der Verhältnisse mußten die sozialdemokratischen Reichsminister ihr Zögern endlich aufgeben. Die sächsischen Minister wurden ihrer Ämter enthoben, die Ordnung durch die einmarschierende Reichswehr unter General Märcker in oft blutigen Zusammenstößen wiederhergestellt und das Land gesäubert. Zeigner selbst wurde kurz darauf vielhundertfacher Bestechlichkeit überführt. Seine kommunistischen Helfershelfer flohen nach Rußland.

III/69. Die Erhebung des Nationalsozialismus in München: Adolf Hitler.

Abgesehen vom bolschewistischen Kommunismus gab es damals zwei einander schroff gegenüberstehende Deutschland. Auf der einen Seite das Deutschland des Novemberverbrechertums, das heißt der Vertreter der internationalen Sozialdemokratie, der internationalen Freimaurerei und des internationalen Ultramontanismus, also die Richtung, die Erfüllungspolitik bis zum Weißbluten des deutschen Volkes trieb und den Begriff von Volksehre nicht kannte. Auf der andern Seite ein Deutschland des nationalen Wollens und der nationalen Ehre, das heißt das Deutschland mit den Eigenschaften, die für die Angehörigen fast aller anderen Nationen eine Selbstverständlichkeit sind. Das damals herrschende Novemberdeutschland mit dem Symbol der mißbrauchten schwarz-rot-goldenen Fahne, sah den Feind nicht jenseits der Grenzen, sondern im nationalen Deutschland, das heißt in den Anhängern der schwarz-weiß-roten Farben deutscher Größe und deutschen Ruhmes.

Während im rotregierten Preußen und durch die meist rot-schwarze Reichsregierung, besonders seit der Erschießung des Reichsverderbers Erzberger im August 1921 und des internationalen Juden Rathenau im Juni 1922 alle nationalen Verbände aufgelöst und alle Gegner der Erfüllungspolitik mit Hilfe des „Gesetzes zum Schutze der Republik" unter Ausnahmerecht gestellt wurden, war der Freistaat Bayern zum Hort der nationalen Gesinnung geworden.

Die junge Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei erhielt durch ihren Führer Adolf Hitler bereits im Sommer 1920 zum Symbol die schwarz-weiß-rote Hakenkreuzfahne. „Im Rot sehen wir den sozialen Gedanken der Bewegung, im Weiß den nationalistischen, im Hakenkreuz die Mission des Kampfes für den Sieg des arischen Menschen," so sagte Adolf Hitler selbst.

Die bayerische Regierung stand in dauerndem Gegensatz zur Berliner „Judenregierung". Sie weigerte sich, die nationalen Verbände aufzulösen und das Republikschutzgesetz anzuerkennen. Alle national gesinnten Deutschen sahen in Bayern ihre Hoffnung und im bayerischen Ministerpräsidenten Kahr den Befreier. In Wirklichkeit aber war es diesem nicht um den nationaldeutschen Einheitsgedanken, sondern um den bayerischen Partikularismus zu tun. Im Oktober 1923 wurde die Spannung zwischen Bayern und der Reichsregierung immer stärker. Kahr gedachte, im Chaos dieser Zeit sein Ziel zu erreichen. Als General Lossow, der die in Bayern stehenden Reichswehrtruppen kommandierte, dem Reichswehrminister den Gehorsam aufsagte, ließ Kahr die in Bayern stehende Reichswehr auf die bayerische Regierung vereidigen und übergab Lossow deren Führung. Die Reichsregierung drohte darauf mit der Reichsexekution.

In diesem Stadium der Dinge trafen sich die sich bisher mißtrauenden Richtungen Kahr-Lossow und Hitler-Ludendorff in gemeinsamer Front gegen die Systemregierung in Berlin. Kahr und Lossow und der bayerische Polizeiminister Seisser versicherten Hitler und Ludendorff gegenüber wiederholt, von München aus müsse eine Reichsdiktatur geschaffen werden, sie seien bereit zum Marsch auf Berlin. An der bayerisch-thüringischen Grenze waren auch bereits Einheiten der bayerischen Polizei aufmarschiert. Hitler hatte den Eindruck, daß Kahr und seine Leute nicht mehr zurück konnten und auf einen Anstoß warteten. Am 7. November ging deshalb von Hitler der Mobilisierungsbefehl an seine Unterführer. Als Kahr am 8. November im Bürgerbräukeller vor den Würdenträgern der bayerischen Landeshauptstadt und den Führern der Vereinigten Nationalen Verbände, die zu ihm standen, einen Vortrag über die Frage Bayern—Reich hielt, schritt Adolf Hitler zur Tat. Er wußte, daß es darauf ankam, welcher der beiden Gruppen es gelingen würde, die tatsächliche Macht an sich zu reißen. Auf keinen Fall wollte er, daß der Nationalsozialismus den Wittelsbacher Interessen geopfert würde. Er ließ deshalb den Saal von 600 bewaffneten Nationalsozialisten umstellen, erschien ganz unerwartet mit einer Anzahl Bewaffneter im Saal und proklamierte die nationale Revolution. Lossow, Seisser und Kahr übernahmen, wenn auch nach einigem Zögern, die ihnen zukommenden Rollen und verpflichteten sich Hitler und Ludendorff und der Versammlung gegenüber. Ludendorff übernahm die Leitung der neu zu bildenden Nationalarmee, Kahr und Hitler standen lange Hand in Hand vor der Versammlung, Kahr mit Tränen in den Augen, Hitler straff, Glauben ausstrahlend. Und wie zur Beteurung legte Kahr noch die linke Hand auf den Bund der beiden rechten.

III/70. **Die Erhebung des Nationalsozialismus: Die Feldherrnhalle.**

Wiederholt und feierlich, selbst mit dem Ehrenwort als deutsche Offiziere, hatten Kahr, Lossow und Seisser ihr Einverständnis mit Hitler und Ludendorff bekundet. Kaum hatten sie sich aber entfernt, so organisierten sie furchtbaren Verrat. Alle Versuche, mit ihnen in Verbindung zu kommen, waren erfolglos. Erst um 6 Uhr früh erlangten Hitler und Ludendorff Gewißheit. Nun war die Frage, wie die nationalsozialistische Bewegung zu retten sei. So kam es zu dem Demonstrationsmarsch am Morgen des 9. November. Befehlsgemäß durfte auf keinen Fall geschossen werden. Mit wehender Fahne, in der ersten Reihe Hitler und Ludendorff, marschierte der mächtige Zug singend durch die Straßen. Dichte Menschenmassen zu beiden Seiten jubelten und fielen in den Gesang ein. „O Deutschland hoch in Ehren, du heiliges Land der Treu", klang es auf, als die Spitze des Zugs an der Feldherrnhalle vorbei auf den Odeonsplatz einbiegen wollte (s. Bild). Da geschah das Ungeheuerliche: eine bis dahin verborgene Kompanie Landespolizei stürmte die Treppe der Feldherrnhalle herab und stellte sich dem Zug feuernd entgegen. Viele sanken zu Boden, verwundet, sterbend. Auch der Fahnenträger tränkte die Fahne mit seinem Blut. Vor Adolf Hitler hatte sich sein Begleiter Ulrich Graf geworfen und wurde statt seiner von Kugeln durchbohrt. Auch Göring wälzte sich schwer verwundet am Boden. Der Verrat hatte gesiegt.

III/71. Die Erhebung des Nationalsozialismus in München: Bekanntmachung der bayerischen Regierung am 9. November 1923.

An den Plakatsäulen der Stadt standen Proklamationen, die von dem ersten Versuch nationaler und sozialer Erneuerung Deutschlands zeugten. Und auch schon solche, die den Verrat zu rechtfertigen versuchten. Wir lesen (s. Bild):

Nachdem Kahr und seine Leute selbst das Reich hatten zerschlagen wollen und den abscheulichsten Verrat geübt hatten, sprachen sie jetzt von „Hochverräter" und vom „Preußen Ludendorff" und von „namenlosem Unglück". Die Machthaber Bayerns vergaben Hitler nicht, daß er ihnen zuvorgekommen und den bayerischen Separatismus zerschlagen hatte. Sie, die sich jahrelang gegen die rote Reichsregierung wie Rebellen gebärdet hatten, krochen jetzt zu Kreuz und wurden von ihr auch in Gnaden aufgenommen. Die Blutsaat des 9. November aber war die erste Station zu Deutschlands Wiedergeburt.

III/72. Das „Wunder" der Rentenmark: Helfferich und Schacht.

Das Jahr 1923 hatte gedroht, Deutschland in ein Chaos zu verwandeln. Das Reich zitterte in allen Fugen. Die letzten politischen Lebenskräfte standen gegeneinander auf. Die Wirtschaft war zerschlagen. Der tägliche Kampf ums nackte Dasein brachte einen Kampf aller gegen alle. Unbarmherzig stand der Feind tief im Land, lehnte jede Verhandlung ab und wartete auf den Augenblick, wo ihm das Reich als Beute von selber zufallen sollte. Da trat in der zwölften Stunde ein Wandel ein: Ein neues stabiles Geld wurde geschaffen.

Die Schöpfer dieses Wunders einer neuen deutschen Währung sind der frühere kaiserliche Staatssekretär Dr. Helfferich und der zum Devisenkommissar bestellte Direktor der Darmstädter und Nationalbank Dr. Schacht. Wie Helfferich der große Theoretiker war, so war Schacht der große Praktiker.

Schon Anfang August hatte Helfferich dem Kabinett einen bis ins einzelne ausgearbeiteten Entwurf einer neuen Währung vorgelegt. Grundbedingung war, das Aufhören der Defizitwirtschaft des Reichs. Die zu schaffende Rentenbank war vom Reich unabhängig und wurde von der deutschen Wirtschaft, das heißt von der Land- und Forstwirtschaft, der Industrie, dem Handel, dem Gewerbe und den Banken gegründet. Diese wurden mit einer Grundschuld von 4 Prozent ihres 1913 geschätzten Vermögens belastet. Das ergab ein Kapital von 3200 Millionen Mark. Auf diese Grundschuld wurden auf Gold lautende verzinsliche Rentenbankbriefe ausgestellt, die die Deckung für die auszugebenden Rentenmarkscheine darstellten. Dem Reich und der Wirtschaft wurde ein Betriebskredit von je 1200 Millionen eingeräumt. Im ganzen wurden für 2400 Millionen neue Zahlungsmittel ausgegeben, was den Verhältnissen gerade entsprach und den Erfolg und die Festigkeit des Geldes mit sich brachte. Das erste Rentengeld gelangte vom 15. November ab in die Öffentlichkeit.

Das neue Geld war nur für das Inland geschaffen. Der Wert von 1 Billion Papiermark wurde auf 1 Rentenmark, 1 Dollar auf 4,2 Rentenmark festgesetzt. Um zu vermeiden, daß der Kurs durch Zirkulation an ausländischen Börsen durch Aufkauf internationaler Makler herabgedrückt würde, wurden entsprechende Vorkehrungen der Verwendung der Rentenmark im Ausland geschaffen.

So hatte Deutschland wieder festen Boden unter den Füßen. Das Ausland staunte ob dieser „größten Tat der Finanzgeschichte" (Times). Die feste Rentenmark schloß einen Zeitraum fünfjährigen Unglücks ab und gab Gewähr für eine bessere Zukunft, falls Deutschland sie zu nutzen verstand.